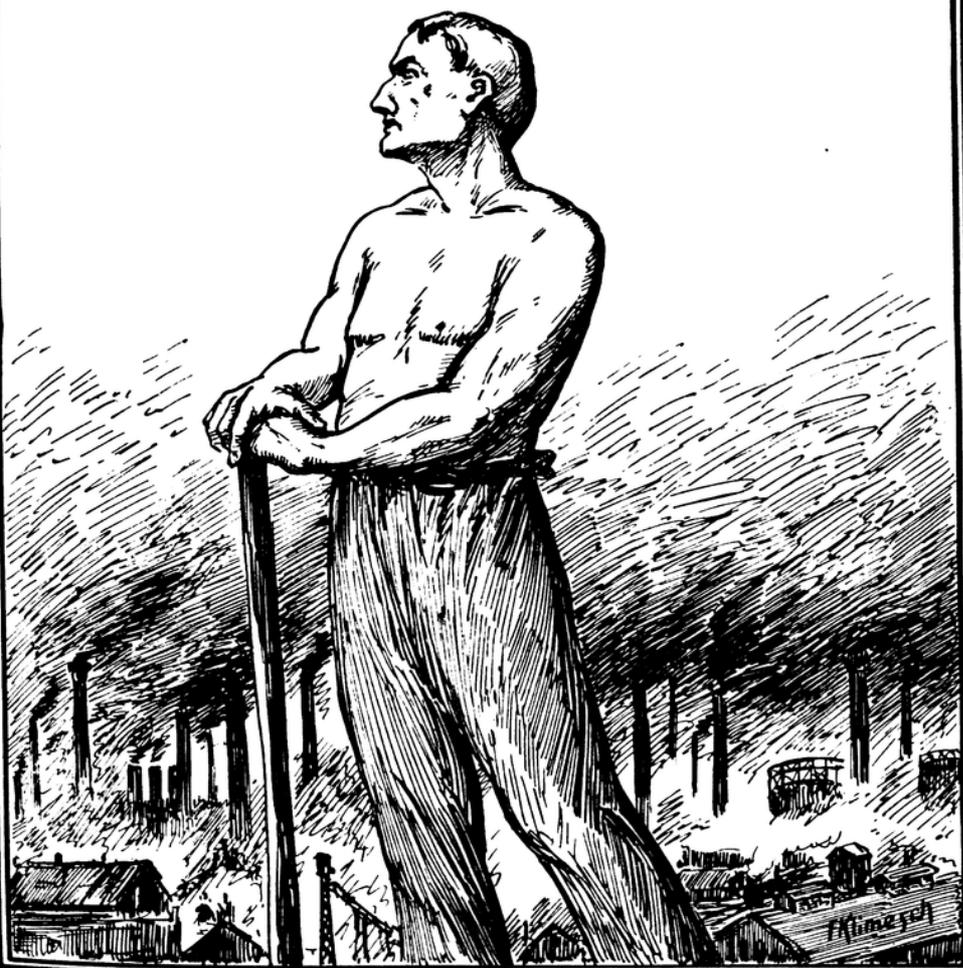


Die Gewerkschaft

25
Jahre

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



ndelsh...
Geboten...
in men...
kaufene...
Hörs...
vols- und...
Bevöller...
in erster...
Zusammen...
ch zwei...
e am t...
h die Vor...
e von 8...
e sind au...
1877, 7. O...
gemacht...
Verbände...
Buchhand...

allen Ort...
en geitri...
Arbeit voll...
nd den W...
je Substanz...
ein zweibe...
a Hirn voll...
Humorist...
Streitbre...
er die Stre...
im Himm...
en der Höl...
im Bergle...
iht gebl...
chl. — Das...
Arbeiter ab...
e Errungen...
ein Urteil...
schaft fern...
wertig."

uchen
mischen

nal
u Riebes,

ner:
cht
?

riement!

nen

h:
en, —

„Welt am...

elimen" allzu...
erfahrungen.

Bücher!

i: Das Bild...
Gesellschaft für...
C. W. Schmidt,
Hav Fischer,
beit der Gewerks...
Die Verwirklich...
legung.

SO. Buchhandl...



Die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor 25 Jahren



Das Sozialistengesetz war am 30. September 1890 nach 12jähriger Dauer gefallen, und obwohl schon in den letzten Jahren seines Bestehens die politische wie auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sich mehr und mehr an die Öffentlichkeit wagte und die „illegale“ heimliche Organisationsstätigkeit schon teilweise aufgehört hatte, stellte der 1. Oktober 1890 doch den Anbruch einer neuen Epoche der modernen Arbeiterbewegung dar. Die schlimmste Fessel war gefallen, aber viele gefehliche wie ungesetzliche Hemmungen und Fallstricke waren noch vorhanden, durch welche die Gewerkschaften an der freien Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert wurden. Noch bestand z. B. das berüchtigte Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine, und was war damals nicht politisch?

Die Vereinsgesetzgebung unterstand noch den Einzelstaaten, erst 1899 wurde durch ein Notgesetz dieser Zustand beseitigt, und später wurde das Reichsvereinsgesetz geschaffen. Mit sicherem Instinkt hatten die Sachwalter der herrschenden Klassen erkannt, daß die Arbeiterorganisationen erst dann zu bedrohlicher Stärke anwachsen würden, wenn durch zweckentsprechende Unterflüchtungsanstalten und höhere Beiträge ein festes Bindeglied geschaffen würde. Deshalb forderte man die Unterstellung unter das Versicherungsgesetz und verlangte die Genehmigungspflicht der Statuten, soweit diese irgendwelche Unterflüchtungsanstalten vorsahen. Durch entsprechende Fassung des Wortlauts der Statuten wurden diese Zwangsmaßnahmen der Machthaber jedoch zerrissen. Die erste Sturm- und Drangperiode der deutschen Gewerkschaftsbewegung beginnt. Jetzt durften in aller Öffentlichkeit Fragen diskutiert werden, über die bisher nur im engsten und vertrautesten Kreise gesprochen werden konnte. Jetzt traten auch Personen auf die öffentliche Tribüne, die sich in den 12 Jahren der Gefahr vorsichtig im Hintergrunde gehalten hatten. Bestand bis dahin die Gewerkschaftsbewegung im wesentlichen nur aus einigen Gruppen der gelernten Berufe der Großstädte und Industriorte, so traten jetzt größere Arbeitermassen und mehr auch die ungelernten Berufe in den Bann- und Wirkungsbereich der Bewegung. Die Organisationsform wurde zunächst Hauptpunkt der Auseinandersetzungen, was ganz natürlich war, denn bevor nicht diese Frage entschieden wurde, konnte eine planmäßige und zielbewußte Arbeit nicht geleistet werden. Im Jahre 1896 war der Kampf um die Organisationsform im großen und ganzen abgeschlossen; ein anderer, nicht minder heftig geführter Kampf jedoch tobte in unseren Reihen! Die Frage, ob die Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung zu gewähren hätten oder ob die Arbeiter zu warten haben, bis durch die gewerkschaftliche und politische Agitation die öffentlichen Gewalten gezwungen würden, diese Unterstützung aus allgemeinen Staatsmitteln zu gewähren, füllte die Spalten unserer Presse und stand auf der Tagesordnung der Versammlungen. Darüber, ob es zweckmäßig oder schädlich für die Arbeiter sei, Tarifverträge abzuschließen, wurde lange Jahre hindurch heftig gestritten. Der Gewerkschaftskongreß, der im Jahre 1896 in Berlin stattfand, war bereits von 139 Delegierten, die circa 270 000 Mitglieder vertraten, besetzt, der Tiefstand von 1893 war damit überwunden, und die Mitgliederzahlen zeigen von nun an nicht mehr das nervöse Auf und Ab der ersten fünf Jahre, sondern sie zeigen einen zwar langsamen aber stetigen Aufstieg. Ein sicheres Zeichen, daß die Bewegung, die richtige Form und den richtigen Inhalt gefunden hatte und somit eine gesunde Basis besaß.

Leicht war es nicht gewesen, wirklich nicht! Nicht nur, daß unsere natürlichen Gegner, die Arbeitgeberorganisationen, die mit allen Machtmitteln ausgerüstet waren, sowie Polizei, Staatsanwälte und Gerichte, die Hausknechte des kapitalistischen Staates, der jungen Bewegung die größten Schwierigkeiten bereiteten. Unser allverehrter Wilhelm der Letzte schmetterte vom Sparenberge in Biele-

feld aus seine Drohung gegen uns: „Das Gesetz macht seiner Vollendung, wo jeder, er möge wer er will — der einen deutschen Arbeiter, der willig ist, seine Arbeit zu vollenden, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden.“

Der kaiserlich-deutsche Streikbrecherschutz wurde nun zur ersten Ausgabe der Staatsgewalt gemacht! Eine ungeheure Aufgabe die organisierte Arbeiterschaft, eine Protestbewegung gleichen setzte ein, die noch genährt und verstärkt wurde durch Teile, wie eines z. B. in Löbau bei Dresden gefällig wurde. wurden 9 Bauarbeiter, die gewaltsam andere Kollegen von Leistung von Überstunden abhielten, insgesamt zu 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis und 70 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Nichts vermochte das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten; auch die Tatsache nicht, daß im Vordergrund der politischen Arbeiterbewegung stehende Genossen und Organe der Gewerkschaftsbewegung zeitweise wenig freundlich gegenüberstanden. Einzelne Parteiorgane glaubten in der erstarkenden gewerkschaftlichen Organisation eine Schädigung der Parteiorganisationsbildung zu müssen. Der „Vorwärts“ schreibt z. B. 1892 von Wilhelm Reichshausen der Gewerkschaftsbesitzer: „Ähnlich urteilte die „Leipziger Volkszeitung“.

Sagt doch selbst ein von der deutschen Arbeiterschaft mit Recht so außerordentlich hochgeschätzter Mann wie der alte Liebling in demselben Bielefeld, von dem aus Wilhelm der Sanftmütige Zerschmetterung androhte: „Die deutschen Gewerkschaften würden niemals die Stärke der englischen Trade Unions erreichen, weil bis zu diesem Zeitpunkt längst die Fahne des Sozialismus auf den Höhen des Kapitalismus wehen wird.“ Auch Reichshausen erklärte, daß der Zusammenbruch der Gewerkschaften unvermeidlich sei, weil für die Macht des konzentrierten Kapitals nicht widerstehen könnten. Jeder von uns, der in den damaligen Zeiten zu den sozialen Problemen in Wort und Schrift Stellung nahm, wird nach 25 Jahren feststellen müssen, daß es sehr oft doch anders kam, als man angenommen hatte.

Lange noch, allzu lange kann man heute ruhig sagen, bis gegenwärtig zwischen Partei und Gewerkschaft bestehen. Man hat damals eine durchaus fröhliche, aber leicht verständliche Stimmung und doch merkt jeder, der heute einen Brief des Genossen Bauer liest, den dieser an Legien in Hamburg schrieb, in dem heißt: „... wenn denen am „Korrespondenzblatt“ (Generalkommission der Gewerkschaften) das Fell arg zu jucken scheint, dann könne es gelegentlich einmal gestrichen werden“, bei aller Grobheit, die die Partei-Bajuwaren auszeichnete, die brüderliche Zuneigung und die heraus, in der man damals Streitigkeiten erledigte und Differenzen ausfocht. Die finanzielle Leistungsfähigkeit war noch sehr gering erhoben doch im Jahre 1893 noch 17 Organisationen nur 17 Wochenbeitrag. Nur die Buchdrucker zahlten damals bereits den Beitrag von 1,10 Mk. pro Woche. Der Kassenbestand der gesamten Organisationen betrug pro Kopf der Mitglieder berechnet 3,57 Mk. Drei Organisationen hatten nicht einmal die Mittel, eigenes Verbandsorgan halten zu können.

Man sieht, aus allerleinsten und allerdürftigsten Verhältnissen heraus haben sich die Gewerkschaften zur heutigen Macht entwickelt. Erst lassend zwar und unschlüssig, zeitweise auch Weg scheinbar verfehlend, sind sie allen Hindernissen und Schwierigkeiten zum Troz vorwärts gegangen.

So sahen Zeiten und Verhältnisse aus, als der Verband Gemeinde- und Staatsarbeiter geboren wurde. Ueber die Geschichte, seine Kindheits-, Jüngel- und Mannesjahre möge ein anderer berichten.





Aus der Geschichte unseres Verbandes.

Wehrlich ist an dieser Stelle ein knappes Bild unserer organisatorischen Entwicklung gezeichnet worden. Aber immer neue Scharen sind unserem Verband in den letzten Jahren zugeströmt, die den geschichtlichen Zusammenhang nicht klar erkennen können. Darum mögen aus Anlass unseres 25 jährigen Jubiläums hier einige skizzenhafte Umrisse aus der Vergangenheit aufgezogen werden. Unser Verband ist einer der jüngsten in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte. Es gibt Organisationen, die bereits seit über fünf Jahrzehnten bestehen und deren Aufbau sich bereits gefestigt hat, während bei uns noch vieles im Werden begriffen ist.

Nachdem im Februar 1896 etwa 60 Berliner Gasarbeiter in totalorganisatorischer „Holz- und Kohlenarbeiter“ eintraten, kam im März 1896 zu einem Streik, der aber verloren ging. Bald nachher, im September 1896, wurde von den Gasarbeitern die Abtötung der 18 stündigen Wechselschicht gefordert und an zwei Anstalten (II und IV) auch erreicht. Die übrigen fünf Berliner (davon zwei der Imperial-Continental A.-G.) verblieben leider bei der 18-Stundenschicht, so daß die Direktion es im Herbst leicht für die Wintermonate wieder auf der 18stündigen Wechselschicht zu bestehen. Es kam zu einer Ausperrung von 100 Gasarbeitern in der Anstalt Danziger Straße, weil diese die 18 Stunden Dienst zu tun. Ein Aufbruch zu einem Streik verpuffte ergebnislos, weil in allen Gasanstalten kaum 100 Mann organisiert waren. In dieser Not wurde das Gewerkschaftsbureau angerufen, das ihren Hilfsarbeiter Poersch beauftragte, sich der Sache anzunehmen. Zwar war an ein Ergebnis nichts mehr zu ändern, aber es gelang doch, den berechtigten Gedanken zum erstenmal auf breitere Füße zu stellen. Da die Gasarbeiter in der lokalen „Vereinigung Holz- und Kohlenarbeiter“ inzwischen die Mehrheit erlangten, beschloßen, sich aufzulösen und einen zentralen Verband zu gründen, der den Titel erhielt: „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsstätten“. Er trat Ende September 1896 ins Leben und setzte Anfang Oktober bereits seine Statuten fest, ernannte den Verbandsvorstand und betraute Poersch mit der Leitung des Verbandes.

Die erste Etappe unserer Organisation hatte aber wenig Bedeutung. Da die verschiedenen Elemente schwer miteinander arbeiten konnten. Es wurde daher versucht, die privaten Holz- und Kohlenarbeiter zum Uebertreten in den Handels- und Transportarbeiterverband zu bewegen, was auch im August 1897 gelang. Durch Uebernahme vom 15. September 1897 wurde der neue Titel bestimmt: „Verband der Arbeiter in Gasanstalten und in anderen Betrieben“.

Inzwischen waren auch die Kollegen in den größeren Provinzstädten erwacht und vielerorts regte es sich. Wir nennen nur Dresden, Magdeburg, Königsberg, Magdeburg, Mannheim, Pforzheim, Stuttgart, wo Filialen gegründet wurden, die sich dem Verband anschlossen. Durch Uebernahme wurde das Statut am 1. April 1899 erneut abgeändert. Titel: „Verband der in Gasbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“.

Das war der Charakter der Betriebsorganisation geblieben, und es blieb in der Folgezeit nicht aus, daß Grenzfällen mit anderen freien Berufsgewerkschaften entstanden. In den ersten fünf Jahren bis zum Jahre 1900 war freilich das Licht zu verspüren, daß keine andere freigewerkschaftliche Organisation in Gemeindebetrieben nennenswerte Mitglieder gewinnen konnte. Aber auch die eigene Organisation entwickelte sich in dieser Zeit langsam. Zwar wurden Aufrufe erlassen in den Parteien, und die Gewerkschaftstabelle wurde erucht, sich unserer Organisation anzuschließen, nur in vereinzelten Fällen kam uns jedoch

von außenstehender Seite Hilfe. Mitunter gingen sogar Filialen ein, zumal die materiellen Erfolge sich ganz allmählich einstellen und der Idealismus unter den Kollegen erst recht kräftig gewirkt werden mußte. 1898 gelang es dem Verbandsvorstand, die Berliner Bewegung zu vergrößern. Am widerstandsfähigsten gegenüber dem modernen Organisationsgedanken erwiesen sich viele Jahre lang die Berliner Straßenreiniger infolge der blaugelben Direktionstruppe, die zeitweilig im Hirsch-Dunderschen Fahrwasser segelte.

Die Verbandszeitung wurde vom Sekretär Poersch redigiert und expediert. Sie war vorerst sogar Verlags Eigentum von ihm. Dabei darf man nicht vergessen, daß schon damals „Die Gewerkschaft“ das hauptsächlichste Bindeglied unter den Kollegen war.

Unterstützungen wurden bei Streiks und Mahregelungen zugesichert, soweit die Kollegen in Not gerieten. Auch in Krankheitsfällen sollten nach 13 wöchiger Mitgliedschaft (damals ein Ereignis!) 3 Mk., nach 26 Wochen 5 Mk. bezogen werden. In Sterbefällen wurden 30 Mk., beim Tode der Frau 20 Mk. und bei einem Kinde unter 14 Jahren 10 Mk. zugesichert. Nach 10 jähriger Mitgliedschaft sollten sogar 6 Mk. wöchentlich für Ganzinvaliden gezahlt werden. Diese guten Vorsätze ließen sich aber in der Praxis nicht durchführen mit Beiträgen von 15 Pf. pro Woche, und so wurde dieser Teil der Statuten den Filialen überlassen, die das Unterstützungsweesen ganz verschieden aufbauten, was in der Folgezeit dann bei den Verschmelzungen von Filialen zu erheblichen Erschwernissen führte.

Vom 2. Quartal 1899 trat unser Verband der Generalkommission (dem jetzigen A.D.B.) bei, trotzdem die Fabrikarbeiter zunächst Protest erhoben. Der Eintritt vollzog sich eigentlich im Mai 1899 durch Anerkennung unseres Delegierten Poersch zum Gewerkschaftskongress.

Die städtischen Behörden konnten sich zu einer offiziellen Anerkennung unserer Organisation in den ersten Jahren nirgend durchbringen. Vielmehr wurden vielfach unsere besten Vertrauensleute gemahregelt und dem Verband auch sonst die erdenklichsten Schwierigkeiten gemacht. Versammlungen wurden durch die Ortpolizei übermächtig und dem Stadtoberhaupt protokolllarisch oder mündlich darüber Bericht erstattet. Trotz alledem konnten eine Reihe von Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt werden. Viele grobe Mißstände wurden beseitigt durch öffentliche Kritik in Presse und Versammlung. Insbesondere die Behandlung durch die unteren Vorgesetzten ließ sich damals alles zu wünschen übrig, und nur wenige Kollegen besaßen das nötige Rückgrat und die taktische Geschicklichkeit, um dem erfolgreich gegenüberzutreten.

Vor allem aber hob sich die moralische und geistige Auffassung unter den Kollegen durch die Organisation. All die bösen Auswüchse der Unsozialität, der Anechtlichkeit und Augenblendei konnten nunmehr systematisch bekämpft werden — wenngleich sie auch heute noch nicht völlig verschwunden sind. Die Kameradschaftlichkeit konnte im Verbandsverbande gefestigt und gepflegt werden, zumal noch einer den andern persönlich kannte und die meisten Vertrauensleute viel mehr Opfer bringen mußten, als ihnen Vorteile winkten.

Schon im ersten Geschäftsbericht des Verbandes (1896—1900) wird der sozialdemokratischen Stadtverordneten rühmend gedacht, die sich vielfach mit Energie unserer Sache annahmen. Mit 32 Filialen und 3479 Mitgliedern ging man hinein ins neue Jahrhundert.

Am 16. und 17. April 1900 (Ostern) fand der 2. Verbandskongress in Berlin statt. Es wurde wiederum eine Krankengeldzuschußkasse beschlossen, deren finanzielles Fundament nicht tragfähig war, so daß sie bereits Anfang 1902 zahlungsunfähig wurde. Man wollte nicht über 15 Pf. Wochenbeitrag hinausgehen, erst der 3. Verbandskongress, Ostern 1903, brachte die vielumschrittene Beitragserhöhung auf 20 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Der Kampf um weitere 5 Pf. zur Gründung des Ortsbureaus Berlin hatte gleichfalls starke innere Auseinandersetzungen im Gefolge. Man befürchtete den Zusammenbruch der Filiale! Die „Opposition“ verließ geschlossen die entscheidende Versammlung, so daß der Beschluß einhellig gefaßt wurde — und sich als zweckmäßig erwies.





In Württemberg hatte sich bereits im Februar 1900 eine „Freie Vereinigung“ unter Aktivators Führung gebildet. Es kam 1902 zu einer Kartellierung, später zum Süddeutschen Zweigsekretariat unseres Verbandes; nachdem die 578 Kollegen zu uns übertraten, betrug unsere Stärke am 1. 1. 1903: 7550 Mitglieder.

Viel wurde dauernd geklagt über die Streitsucht unter den Kollegen, die einen erheblichen Teil der Arbeitskraft des Verbandsvorstandes in Anspruch nahm zur Friedensstiftung. Heute liegt's manchmal nicht anders! Immerhin konnte ein allmähliches Aufsteigen des städtischen Arbeiters dank der rastlosen Organisationsarbeit festgestellt werden. Gewährten die Städte aber einige sozialpolitische „Wohlthaten“, so wurde doch möglichst auf patriarchalischer Basis von den damaligen Stadtgewaltigen gearbeitet. Nur keine Rechte, sondern Belohnung für Wohlverhalten wollte man. Das soziale Verständnis der kommunalen Bureaufraße war doch noch recht gering und es hat manchen Kampf gelostet, um hierin Drehsche zu legen. Zwar traten bürgerliche Kommunalpolitiker wie Dr. Klieber und Mombert für die „Arbeiterbeamten“ ein, in der Praxis aber ernannte man die Arbeiter allenfalls zu „Beamten“, um sich vor Streiks zu schützen, wie in Dresden, Frankfurt a. M. und anderen Orten. In Wirklichkeit dachte man gar nicht daran, die Stellung des Arbeiters sozial der des Beamten anzugleichen.

Von den größeren Streiks wegen Lohnforderungen und Maßregelungen können wir hier leider kein ausführliches Bild geben. Bemerkenswert ist der Berliner Gasarbeiterstreik im November 1903 infolge Behinderung an der Landtagswahl, also seines politischen Charakters wegen. Dabei gab es zunächst eine Schluppe, die aber bald wieder ausgeglichen werden konnte, da inzwischen die Verschmelzung der vielen Berliner Filialen zu einer einzigen (am 1. Oktober 1903) endlich gelang und alles vorhergegangene Unheil dieser Lokalkonzentration sich ins Gegenteil umkehrte. Schwierigkeiten entstanden freilich durch die völlig verunglückte Gründung einer Baugewerkschaft, die viel versprach und nichts halten konnte....

Die nachfolgenden Geschäftspetitionen müssen wir leider zusammenfassend behandeln. Mit dem Berliner Verbandstag 1903 war der Grundstein für den planmäßigen Aufbau einer Zentralorganisation gelegt. Wohl gab es in Mainz 1906 noch einmal heftige Auseinandersetzungen bei der rudartigen Beitragserhöhung auf 35 Pf., aber die Grundlage blieb. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung setzte sich in Mainz zum erstenmal durch. Sie hat ohne Frage unsern Verband das Rückgrat gewaltig gestärkt.

Andererseits hatte sich durch eine Grenzstreitigkeits-Resolution, die in Berlin von einer Verbandsbeamtenkonferenz am 7. und 8. Mai 1904 angenommen war, ein heftiger Streit über unsere Taktik entwickelt, der erst auf dem Mainzer Verbandstag voll zum Austrag kam. Legien als Vertreter der Generalkommission fuhr ganz grobe Geschühe gegen den Verband auf, indem er die „Pflaumenweichei“ des Verbandes geißelte, die aber nur durch ein Schreiben von Poersch an den Berliner Magistrat belegt war. Es handelte sich um einen taktisch gut gedachten, aber schlecht ausgeführten Schachzug von P., um das gefährdete Streikrecht zu sichern. Legien weiterte auch gegen unsere Ausbreitungsgelüste und drohte den Ausschluß aus der Generalkommission an, falls kein Entgegenkommen gezeigt würde. Eine Resolution Mohs brachte einen vorläufigen Frieden zustande, der befandlich in der Grenzstreitigkeitsfrage auch heute noch nicht gewährleistet ist. Wohl hat der Nürnberger Gewerkschaftskongress 1919 unsere Organisationsform als berechtigt anerkannt, aber die Differenzen mit den beiden hauptbeteiligten freien Gewerkschaften (Maschinisten und Transportern) sind darum doch noch nicht zu Ende. Vielleicht gelingt es uns bei der allzu allmählichen Umgruppierung der Gewerkschaften zu Industrieorganisationen größeres Verständnis für unsere Organisationsform zu erlangen, wie dies bereits den Eisenbahnern gelungen ist.

Die Fülle der inneren und äußeren Ergebnisse der nachfolgenden Zeit ist manchem unserer Kollegen noch aus eigenem Erleben in Erinnerung. Der 5. Verbandstag in Dresden 1909 gab ein Bild

statistischer Organisationsstärke. Aber auch hier noch ein Zeilchen um den Verbandsbeitrag. Die Vorsitzenden trugen eine große Rolle; der spätere Vorsitzende Hedmann trat gegenüber Mohs zwar eine geringe Mehrheit, die ihm aber ausreichend erschien. So wurde Mohs wiedergewählt. Dem 6. Verbandstag in München gab die gleiche Frage das Gepräge. Immer wurde auch der Ausbau der Statuten usw. gewaltig gefördert.

Zum außerordentlichen Hamburger Verbandstag kam es im Mai 1914. Anlaß gab die Vorsitzendenfrage. Hedmann verzichtete nun alle Stimmen auf sich, da Mohs auf Wiederwahl verzichtete.

Sollen wir nun miteinander durch die grauenvolle Wälder Kriegsjahre wandern? Uns dünkt: für unsere gewerkschaftliche Friedensarbeit ist diese Zeit ein mühevolleres Ringen gewesen. Zusammenhalt der Verbleibenden durchzuhalten. Was auch geschehen war, wir zeitleblich auf die Hälfte unseres Mitgliederstandes herabgesunken (von 54 000 auf 26 000). Aber in wenigen Fristen monaten holten wir alles ein, ja überholten bald alle früheren Leistungen und waren bei Beginn des Nürnberger Verbandstages 1919 bereits auf 240 000 Mitglieder angewachsen. Die völlig neue Entwicklungsperspektive zeigte sich, und die Sozialistischen Richtlinien sowie die befürwortende Resolution für den Reichstags-Tarif schaffte die Unterlage für unsere neuere Verbandsstatuten, die gleichfalls an anderer Stelle berichtet wird. Ueber die Sozialisierungsbestrebungen in Staat und Gemeinde über das Betriebsrätegesetz wurden Referate erstattet.

Bis zum 1. Oktober 1921, unserm Verbandsjubiläumstage, wir auf 285 000 Mitglieder angewachsen. Wohl zeigt sich in Reichs- und Staatsbetrieben noch immer die Tendenz der Arbeitsbeschränkung, so daß wir hier weitere Mitglieder verlieren. Andererseits werden andauernd neue Filialen gegründet, es wärtig zählen wir 880. Bis zum nächsten Verbandstag 1922 Magdeburg können wir wohl im Vollbesitz unserer 300 000 Mitglieder sein.

Es verbleibt noch einiges nachzutragen: Glänzend ist die Entwicklung unserer Reichssektion „Gesundheitswesen“. Alle Erwartungen der kühnsten Optimisten haben wir jetzt erfüllt. Die Kollegen und Kolleginnen in dieser Gruppe organisiert. Die mühsamen Anfänge des Bade- und Massageverbandes 1898, dem Uebertritt 1904 mit ein paar hundert Männlein bis zur Reichskonferenz 1919 ist ein langer Weg, der viele erlösende Etappen in sich birgt. Insbesondere ist jetzt die Ausbilddatenfrage in den Vordergrund gerückt, und unsere Organisationsarbeit mit zielreicher Klarheit hier eine gewaltige Pionierarbeit geworden.

Bei unserer großenteils noch jungen Staatsarbeitsgruppe ist gleichfalls reges Leben und Bewegung. Am 29. Oktober wird eine Reichskonferenz in Berlin tagen, die weitere planmäßige Arbeit in dieser Sektion gewährleisten soll.

Das Bild wäre unvollständig, wollten wir unsere internationalen außer acht lassen. Auf dem Verbandstage in 1906 eingeleitet, kam die 1. Internationale Konferenz 1907 in Stuttgart zustande, die sich insbesondere mit den wichtigsten Problemen Streikrechts und der internationalen Sozialpolitik beschäftigte. In beiden Konferenzen in Kopenhagen (1910) und Zürich versuchten die internationalen Beziehungen zu vertiefen. Das Schicksal der graue Weltkrieg den Lebensfaden ab. Erst im Sommer 1920 fand eine Neukonstituierung unserer Internationale in Amsterdam statt, deren Vorstand sich kürzlich in Zürich zu einer Zusammenkunft, um u. a. gegen die Technische Arbeitslosenfrage Stellung zu nehmen, ein Kapitel, auf dessen Bedeutung wir hier beschränken können, da wiederholt dazu Stellung genommen wurde.

Es wäre verlockend, an unserm Jubiläumstage einiges unserer Zukunftsentwicklung zu sagen. Wir müssen uns aber später vorbehalten. Heute wollen wir allen tapferen Vorkämpfern im Geist die Hand drücken und uns gegenseitig auch fernherhin das Beste einzujehen für den Verband. Allen Kollegen und Kolleginnen rufen wir darum zu: Steht treu und eifrig für unsere Organisation. Sie bleibt Euer Schild und Speer. E. Dillmann





Die Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben.

In den ersten acht Jahren des Bestehens unserer Organisation spielte die Frage des Abschlusses von Tarifverträgen in Gemeinde- und Staatsbetrieben gar keine Rolle. In den folgenden 10 Jahren war hierin kaum eine Aenderung zu verspüren. Nach zwanzigjähriger Verbands-tätigkeit bestanden für unsere Organisation 12 Tarifverträge, die für 101 Betriebe mit 1304 Beschäftigten Gültigkeit hatten. Erst die revolutionären Folgeerscheinungen des Weltkrieges brachten auf dem Gebiete für unsere Organisation grundstürzende neue Verhältnisse.

Der erste von unserer Organisation am 18. August 1904 abgeschlossene Tarifvertrag galt für das Berliner Privatbadegewerbe. Bis 31. Dezember 1905. Die nachfolgende Tabelle zeigt rein annähernd die Entwicklung der Tarifverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben.

Jahr	Zahl der Tarifvertr.	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen	Jahr	Zahl der Tarifvertr.	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen
1906	3	3	288	1914	16	78	1 565
1907	5	70	490	1915	13	75	1 028
1908	5	70	493	1916	12	101	1 304
1909	8	92	945	1917	11	100	1 331
1910	11	97	1931	1918	10	110	2 189
1911	16	81	2103	1919	150	1137	93 527
1912	19	85	2211	1920	481	3405	305 067
1913	16	79	1480	1921	550	5000	400 000

Es ist unnötig und im Rahmen dieses Artikels unmöglich, die einzelnen Darstellungen unseres letzten Jahresberichts über Form, Wirkung und Geltungsbereich der zurzeit abgeschlossenen Tarifverträge im einzelnen erneut darzustellen. Nur ein Vergleich sei gezogen. Im Jahre 1920 waren 481 Tarifverträge in Kraft. Diese waren in Form von Reichs-, Bezirks- oder Ortsstarifen abgeschlossen für 739 Gemeinden, 89 Kreis-, 10 Provinzialverwaltungen, 2 Landeshauptmannschaften, 103 Staatsbehörden, 8 Reichsbetrieben, 8 gemeinwirtschaftliche Betriebe und 76 Privatbetriebe. Diese Tarifverträge hatten für 305 067 Beschäftigte Gültigkeit. Die Tarifverträge, die im Jahre 1906 bestanden, waren für ebensoviel Betriebe mit 288 Beschäftigten abgeschlossen. Erst im Jahre 1906 schloß sich eine Betriebsverwaltung einer Stadtgemeinde mit unserer Organisation einen Vertrag abzuschließen, und zwar das die Direktion der Straßenbahn in München, mit der das Streckenpersonal ein Tarifvertrag getätigt wurde. 1916 wurden 7 Verträge mit Gemeindeverwaltungen abgeschlossen. Die Zahl ging bis zum Jahre 1918 auf 3 zurück.

Es handelte sich bei den Verträgen mit den Gemeindeverwaltungen durchweg um kleine und kleinste Gemeinden, die obendrein für einen Teil ihrer Betriebe einen Tarif zum Abschluß brachten. Die durch bürgerlich-kapitalistische Interessen beeinflussten Gemeindeverwaltungen der Vorkriegszeit waren strikte Gegner des Abschlusses von Tarifverträgen. Im Jahre 1913 noch hat der Magistrat von Berlin einen im Jahre 1912 gestellten Antrag auf Abschluß eines Tarifvertrages mit den fadensteinartigen Ausreden abgelehnt. Es ging dem Berliner Magistrat wie den anderen Stadtverwaltungen um die gottgewollte Autorität, Herr im Hause zu sein. Es ging dem Widerstand der Gemeindeverwaltungen und erst recht der Staatsbetriebe, dem nicht weit genug reichenden Einfluß der Organisation kam noch ein anderes Moment. Das war gerade in der Stellungnahme der Gesetzgebung und der Gerichte zu den Fragen der Rechtswirksamkeit der Tarifverträge. Die Tarifverträge der Vorkriegszeit wurden von den Arbeitgebern nur respektiert, wenn sie den Kauf der Gewerkschaftsorganisation schlagbereit lag, das „vereinbarte“ Recht zu sichern. Die „Rechtspflege“ verweigerte dem Tarifvertrag jedwede Anerkennung und jeden Schutz. Erst die Verordnung vom 23. November 1918 wahrhaft

revolutionierend gewirkt. In der Vorkriegszeit bildete die von einer Stadtgemeinde beschlossene Arbeitsordnung eine dauerhafte Rechtsunterlage für die Ansprüche der Arbeiterchaft in den Gemeinden. Die auf eine solche Arbeitsordnung hin abgeschlossenen Arbeitsverträge wurden bei Streitfällen vor dem Gewerbe- oder Amtsgericht als unabhängbares Recht angesehen. Die Frage blieb bis zur Revolution eine kaum theoretisch erörterte in unserem Verbandsleben.

Was in unseren Tarifen in bezug auf die Gestaltung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Arbeitsrechtes verankert ist, das haben wir vor beinahe 25 Jahren in unserem ersten Programm mit geringen Abweichungen gefordert. Rückhaltlose Anerkennung des Koalitionsrechtes, Mitbestimmungsrecht — zuerst durch die erwählten Arbeiterausschüsse unter Zustimmung der Organisationsvertreter. Was früher sich hier und da durchgesetzt, ist durch das Betriebsrätegesetz und die Macht unserer Organisation im weitesten Umfange verwirklicht worden. Hier sind, wie auf anderen Gebieten, die Grenzen der Entwicklung aber noch lange nicht erreicht.

Die früheren Jahre brachten den zähen, langwierigen Kampf um die Schaffung der Anfangsstufen eines einheitlichen Rechtes für alle bei einer Gemeinde beschäftigten Arbeiter. Sehr oft gab es in den Schlussjahren des 20. Jahrhunderts für Gemeinde- und Staatsarbeiter überhaupt kein gedrucktes oder geschriebenes Arbeitsrecht. Das war alles strengstes Amtsgeheimnis. Für jeden Arbeiter belandete ein ganz durch Günst und Willkür beeinflusstes besonderes Recht. Selbst die Älten unter unseren Kollegen erinnern sich kaum noch der Kämpfe, die es kostete, eine allgemeingültige Arbeitsordnung durchzuführen. Und doch war all die mühselige Kleinarbeit notwendige Pionierarbeit. Auf dem Rechtsboden der Arbeitsordnung stehend, konnten im jahrzehntelangen Kampf unsere Erfolge um die Ausgestaltung der Arbeiterrechte gebucht werden.

Ein knappes Jahrzehnt vorher war von alledem so gut wie nichts zu spüren. Der einseitig diktierte Arbeitsvertrag enthielt fast nichts als die Festsetzung über die Arbeitszeit, Verhalten des Arbeiters und Strafbestimmungen. Ein Ähnliches wiederholte sich in der Entwicklung der Tarifverträge. Nur die Arbeitszeit, die gezahlten Löhne und Ueberstundenzuschläge wurden vereinbart. Demgegenüber stellen die in unseren Tarifverträgen geschaffenen Rechtsgrundlagen für die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse einen sehr erfreulichen Fortschritt dar. Durch die Reichstarife ist derselbe Gemeingut auch für die Kollegen in den mittleren und kleineren Gemeinden und auch für die Reichsbetriebe geworden.

Diese Entwicklung des Tarifwesens ist den Arbeitgeberorganisationen der Privatindustrie ein Greuel. „Nieder mit jedem Tarifzwange!“ „Fort mit den Reichstarifverträgen!“ ist der neueste Schlagtruf. Der Deutsche Industrie- und Handwerksverband — die ausschlaggebende Streikentschädigungsorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände — ist der eifrigste Nutzer in dem Streite. Im Organ desselben vom August d. J. heißt es: „Die sogenannten Reichstarife... sind als die unangenehmste Ausartung des Tarifvertragsgedankens anzusehen. Darum keinen Abschluß von Reichstarifverträgen.“ Man schreibt: „Wenn die Arbeitgeberorganisationen in Zukunft keine Reichstarife mehr abschließen, so dürfte das nach unserer Ueberzeugung nur im Interesse ihrer Mitglieder ebenso wie die der gesamten Volkswirtschaft (?) liegen.“

Soll dieser Anschauung gegenüber unsere eigene über die notwendige Entwicklung zu allgemeingültigen Normen des Arbeitsrechtes im Tarifwesen sich durchsetzen und siegreich bleiben, werden wir weiter unseren Heerbanne mehren und schulen, unsere Waffen bereit halten müssen.

Erfolge der Zukunft werden nur errungen durch Gegenwarts-mühen und -arbeit. Auf, alle Hände ans Werk! P. Schulz.



Die Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung

Die vierzehnhundertsechundneunzig bis heute. Welch eine kurze Spanne Zeit in der Geschichte! Eine Zeitepoche von überragender Bedeutung in der Geschichte des Klassenkampfes des Proletariats. Die Zeit des Erwachens und des Aufstieges aus der Anfertheit zu freier Menschenwürde für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die 70 Berliner Gasarbeiter, die im September 1896 den Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitssteuere gründeten, legten den Grundstein zum stolzen Bau unseres Verbandes. Auf hartem Boden fiel die Saat der Siebziger, und obgleich die Zeit um 1895 die Jahre reger gewerkschaftlicher Propaganda und die Gründungsjahre einer Reihe Organisationen, besonders ungelerner Arbeiter, waren, brach sich bei den damals circa 15 000 Gemeindegewerkschaftlichen Gedanken nur langsam Bahn. Kirchhofsstille herrschte unter den Staatsarbeitern. Wenn der „liberale“ Berliner Magistrat den Kampf gegen die junge Organisation den nachgeordneten Stellen und Verwaltungen überließ, so wurde bei den Verwaltungen Preußens und des Reiches offen allen freigewerkschaftlichen Bestrebungen durch den Mund der Minister der schwerste Kampf angefangt. Die Zeit des Zuchthausgesetzes sah die ersten Gehversuche unseres Verbandes.

Schon vor dem September 1896 bestanden in Berlin Vereine und Vereinigungen städtischer Arbeiter, so z. B. in der Kanalisation seit 1890. Diese Vereinigungen hatten aber mehr den Charakter von Vergnügungs- und Unterstützungsvereinen. Gewerkschaftliche Bestrebungen lagen ihnen fern. Die Bewegung der Gasarbeiter entstand aus Anlaß eines Streiks wegen Abschaffung der 18stündigen Wechsellöhne der Feuerleute der Gaswerke. Diese Bewegung endete mit einem nur teilweisen Erfolg, weil die Arbeiter einzelner Gaswerke kurzschichtigweise den Lohnausfall bei Wegfall der 18stündigen Schicht nicht zu tragen vermeinten und ihrerseits die Beibehaltung der 18stündigen Schicht forderten. Im Laufe des Jahres 1897 trennten sich die Gasarbeiter von den Holz- und Kohlenplatzarbeitern, die zum Transportarbeiterverband übertraten. Die junge Organisation war nunmehr eine reine Organisation von Gemeindegewerkschaftlichen Gasarbeitern, wenn auch fortgesetzt Versuche unternommen wurden, die Arbeiter der englischen Gasanstalten der Organisation zuzuführen. Diese Versuche scheiterten hier aber vorläufig am Widerstand der Direktion, die stets durch Maßregelungen die Bewegung niederzuhalten verstand. Erst nach 1902 und in der Folge sah die Organisation festen Fuß. In Berlin ging die Bewegung bald über den Rahmen der Gasarbeiter hinaus. Trotdem zählte die Organisation in Berlin am Schlusse des ersten Geschäftsjahres, am 30. September 1897, nur 341 Mitglieder. Der gesamte Kassenbestand betrug 83,60 Mk. Im Laufe des Jahres 1897 organisierten sich die Kanalisations- und Wasserwerksarbeiter, ihnen folgten bald die Markthallenarbeiter, Schlacht- und Viehhofsarbeiter und die Desinfektoren. Von den Vororten machte Charlottenburg und Rixdorf den Anfang. Infolge Maßregelungen brach die Bewegung in Charlottenburg bald wieder zusammen, um erst 1905 dauernd neu zu entstehen. 1898 schlossen sich die Kollegen Lichtensbergs an, so daß am 30. September 1898 die Berliner Organisation 1004 Mitglieder zählte. Bis zum Jahre 1900 zeigte sich fast in allen Berliner Betrieben reges organisatorisches Leben. Die Arbeiter der Parkverwaltung, der Steinplätze, der Kohlenplätze, der Riefelweiden und zuletzt der Pflegeanstalten traten dem Verbands bei.

Eigenartig war der organisatorische Aufbau in Berlin; jeder Betrieb bzw. jede Verwaltung bildete eine besondere Zentrale mit eigenem Vorstand. Zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten wurden von Zeit zu Zeit sogenannte kombinierte Versammlungen aller Mitglieder einberufen. Die Leitung hatte die Kommission der vereinigten Zentren, später der Ausschuss. Trotdem besten Willen und

großer Arbeitsfreudigkeit in den Zentren hatte diese Organisation doch große Mängel. Besonders fehlte ihr die Einheitlichkeit der Aktion. Jede Zentrale arbeitete in Lohn- und Arbeitsfragen ständig, unterstützt durch die Verwaltungsmagazine Berlins, jeder Verwaltungsdeputation völlige Freiheit ließen, Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen nach eigenem Ermeßen zu regeln. Folge war ein wildes Durcheinander im Lohn wie in der Arbeit und den sonstigen Einrichtungen. Wir wiesen schon darauf hin, sogar in den Gasanstalten die Arbeitszeit verschiedentlich. Die Zeit erforderte dringend die Zusammenfassung aller Kräfte. Die Errichtung des Ortsbureaus am 1. Januar 1902 war hierzu der erste Schritt. Das „Ortsbureau“ war lange Zeit und auch jetzt noch ein Blühender für alle tatsächlichen und vermeintlichen „Sünden“ gewerkschaftlicher Natur. Bei dem Zusammenfluß der 21 Berliner Zentren, der sich bis zum 1. Oktober 1903 vollzogen, zählte die Organisation in Groß-Berlin 2305 Mitglieder; Ende 1904 war die Zahl auf 3289 in 23 Sektionen, Ende 1905 auf 6100 Mitglieder in 18 Sektionen gestiegen. Die Entlohnung ging in Folge nur langsam voran. Furcht vor Maßregelungen und Gleichgültigkeit hielten einen starken Prozentsatz der Gasarbeiter Groß-Berlins in Bann. Die Straßenreinigung kam 1904 in die Bewegung und hatte bis zur Revolution stark auf die gewerkschaftlichen Tendenzen zu kämpfen. Von den rund 24 000 Gasarbeitern in Groß-Berlin waren Ende 1910 7405 im Verband organisiert. Am 31. März 1914 10 039.

Im Jahresbericht 1912 erschienen die ersten Staatsarbeiter als Mitglieder. 24 Kollegen der Reichsdruckerei traten dem Verband bei. Der Weltkrieg unterbrach die aufsteigende Entwicklung, als die Hälfte der Mitgliedschaft wurde zum Heeresdienst einberufen. Über 500 Kollegen fielen dem Völkermorde zum Opfer.

Die Revolution beseitigte alle Schranken, die bisher der Organisation hindernd im Wege standen. Zu Tausenden kamen Gemeinde- und Staatsarbeiter zu uns. Von den rund 56 000 Gemeindegewerkschaftlichen des neuen Berlins sind heute rund 42 000 bei uns organisiert, der Rest in anderen Verbänden. Die Reichsstaatsarbeiter zählen rund 10 000, in den Betrieben Gasgesellschaft Niederbarnim, der Gasbetriebsgesellschaft, der Kranken- und Badeanstalten zählt die Organisation rund 4000 Mitglieder.

Sehr langsam ging die Entwicklung in der Provinz Brandenburg, Pommern und Brandenburg waren lange Zeit die einzigen Orte mit Mitgliedschaften. Später kam Spandau, Fürstentum Landsberg und Küstrin hinzu. Kurz vor dem Kriege traten Kottbus, Jork u. a. Auch Stettin wurde vom Verband erobert. Die reaktionären Auffassungen Ostprelens waren in Städten der Provinz Brandenburg ausschlaggebend.

Viele brave und tüchtige Kollegen haben am Aufbau der Berliner Organisation mitgearbeitet. Eine der markantesten Persönlichkeiten war Robert Fiebig, Wasserwerksarbeiter, verstorben Oktober 1920, bis zum Jahre 1903 Verbandsvorsitzender und 1906 Vorsitzender des Zentralkomitees. Aus den Anfängern der Organisation seien noch genannt: Karl Schabel, der Führer der Kanalisationsarbeiter, Paul Poffert von der Gasanstalt Luisenpark, bis 1903 Hauptkassierer des Verbandes, Albert Kuntze, Gaswerk Gieschiner Straße, Friedrich Perschke, Markthallen. Die Vorstände stehen heute noch in den vordersten Reihen der Bewegung. Sekretär der Ortsverwaltung war Hermann Schubert bis 1905, ihm folgte bis zum Verbandstage in Mainz 1908 Dittmer. Von 1906 bis 1914 war Emil Wuhlf, jetzt Stadtrat in Berlin, Bevollmächtigter. Von 1914 bis 1919 leitete Fritz Hoffmann als Bevollmächtigter die Zentrale. Karl Hoffmann ist seit 1904 in Berlin stand die Wiege der Organisation und bei allen Verhandlungen und Maßnahmen wird die Berliner Kollegenschaft durch den Gesichtspunkt gemeinsamer Arbeit und einheitlichen Auftretens außer acht lassen. Carl Polster



Aus Süddeutschlands Vergangenheit.

achdem bereits in Mannheim und Mainz Organisationen gegründet waren, glückte es auch in Stuttgart. Mit 182 Mitgliedern trat am 19. März 1898 der „Verein der städtischen Arbeiter in Stuttgart“ ins Leben. Die neue Organisation, bei der Genosse Leipart Pate stand und der damalige Arbeitersekretär Agster eifrig mitwirkte, hat sich trotz aller Stürme, die über sie hinwegbrausten, als lebensfähig erwiesen und eine Reihe weiterer Ortsvereine in Cannstatt, Eßlingen, Heilbronn und Göppingen wurden in kurzer Zeit nach Stuttgarter Vorbild ins Leben gerufen. Schlecht und recht ergaben die Ortsvereine die nächstliegenden Aufgaben bis zum Frühjahr 1900, wo Versuche unternommen wurden, die Ortsvereine dem Landesverband anzugliedern. Der Versuch schlug fehl. Es wurde deshalb als Notbehelf eine „Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs“ ins Leben gerufen, die kurz darauf mit dem Verband einen Kartellvertrag abschloß, auf Grund dessen „Die Gewerkschaft“ mit Wirkung vom 1. Januar 1901 obligatorisch für die Ortsvereine Württembergs eingeführt wurde und außerdem die Ortsvereine Organisationen sich verpflichteten, bei Aussperrungen und bei gegenseitiger Hilfe zu gewähren.

Der Jahresbeitrag der angeschlossenen Ortsvereine wurde auf 1 Mk. pro Mitglied festgesetzt und vom 1. Oktober 1901 an auf 2 Mk. erhöht. Diese lose Form der Zentralisation war aber auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Mit Wirkung vom 1. April 1902 wurde die Gründung des „Verbandes der städtischen Arbeiter Württembergs“ beschlossen. Inzwischen hatte auch der Gedanke der Verschmelzung mit der Zentralorganisation besser Wurzel gefaßt. Die vorangegangenen Verhandlungen mit den Kollegen Pöersch und Bürger beschloß im Jahre 1902 eine Mitgliederversammlung dem Verbandsvorstand zu beantragen, daß die notwendigen Schritte zur Verschmelzung eingeleitet würden. Ein außerordentlicher Verbandstag beschloß am 9. November 1902 einstimmig — bei 2/3 Stimmenhaltung — die Verschmelzung mit Wirkung vom 1. Januar 1903 zu vollziehen.

Die mit dem Uebertritt gleichzeitig vollzogene Errichtung eines zentralen Sekretariats mit dem Sitz in Stuttgart verjohnte die vorher ob der Verschmelzung noch großenteils stehenden Bedenken. Das steigende Vertrauen zur Organisation kam auch in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck, indem sich diese im Jahre 1903 von 492 auf 761 hob.

Seit 1897 bestand bereits ein Stamm von Filialen, wie Mannheim und Mainz, zu denen 1898 noch Pforzheim und Karlsruhe kamen. Die letztere Filiale brach wiederholt zusammen. Erst seit 1907 ist sie lebensfähig. Auch die 1899 gegründete Filiale Karlsruhe ging bald wieder ein. Jetzt besteht sie seit dem 4. Quartal 1904. Das gleiche Schicksal hatte Ludwigsburg a. Rh., die nun seit 1903 lebt. Nürnberg, im Jahre 1897 gegründet, verfügte von Anfang an über einen tüchtigen Stamm von Kollegen. Diesem Umstande ist es vornehmlich zu verdanken, daß die Filiale alle Fährlichkeiten, insbesondere die Spaltung durch die Hasselgruppe siegreich überstand. Im Herbst 1901 wurde auch die Münchener Filiale ins Leben gerufen, der im Dezember 1902 die Filiale München II folgte. Trotz der eifrigen Tätigkeit der Kollegen Pfannholzer und Deisinger konnten die beiden Filialen bis Ende 1903 noch nicht einmal 100 Mitglieder mustern. Die Konkurrenz der „Christlichen“, die mit den sozialliberalen das Münchener Rathaus beherrschten, war allzu mächtig. Das Jahr 1904 brachte aber schon eine Doroierung der Mitgliederzahl. Sie steigerte sich bis Ende 1905 auf 525. Von Ende 1905 übernahm der leider dem Kriegsmoloch zum Opfer gefallene Genosse Franz Sebald das dort errichtete Gaubureau. Unter

dessen zielbewußter Führung erfuhr die Filiale München einen Aufschwung, den man nie erwartet hätte. — Die Filialen Erlangen und Fürth wurden unter der Führung der Kollegen Leipold und Scherzer, die sich als „Betriebsfremde“ der Organisation zur Verfügung stellten, errichtet und zielbewußt geleitet.

Im 2. Quartal 1903 erfolgte die Gründung der Filialen Frankfurt a. M., Heidelberg und Würzburg. In Frankfurt speziell war zunächst ein außerordentlich harter Boden zu bearbeiten. Einestheils fehlte es an genügenden Kräften aus den eigenen Reihen der Kollegen zur Leitung der Filiale und andernteils war mit der Konkurrenz der Verbände der Fabrikarbeiter und Transportarbeiter zu rechnen. Erst nachdem der Verbandsvorstand dazu überging, die Filiale entsprechend zu subventionieren, ging es aufwärts. Der wirkliche Aufschwung der Filiale ist jedoch seit Errichtung des Gaubureaus, das 1907 Kollege Marole übernahm, zu konstatieren.

Schwer zu kämpfen hatte die Organisation auch im Elsaß. Unter der Herrschaft des Diktaturparagraphen und des alten französischen Vereinsgesetzes, mit dem noch so angenehm zu regieren war, wurde den Gewerkschaften das Leben sauer gemacht. Das einzige Glück für die elsässischen Kollegen bestand darin, daß in Straßburg in der Person des späteren Oberbürgermeisters Dr. Schwander ein Beigeordneter das Arbeiterreferat in Händen hatte, der über sozialpolitischen Weisblick verfügte. Die Straßburger Arbeitsjahre mit Beilagen war für die damalige Zeit musterhaftig. Infolge der sozialdemokratischen Rathhausmehrheit in Mülhausen i. El. hatten die dortigen Kollegen soziale Fürsorgeeinrichtungen, um die sie die Kollegen diesseits des Rheins beneideten.

In Kolmar war unter dem Regiment des angeblichen Demokraten Blumenthal jede gewerkschaftliche Tätigkeit verpönt. Eine wirkliche Aufwärtsbewegung war erst mit der Ausnahme der Tätigkeit des am 1. Oktober 1906 in Kolmar errichteten und dann nach Straßburg verlegten Gaubureaus zu konstatieren. Alle die nach und nach zur Blüte gelangten elsässischen Filialen sind infolge des Friedensvertrages nun für unsern Verband leider dauernd verloren und die langjährige mühsame Arbeit des Kollegen Bäcker ist damit für die deutsche Organisation vergeblich gewesen.

Einen schönen Aufstieg hat die Filiale Freiburg i. B. zu verzeichnen, die im 1. Quartal 1904 gegründet wurde. Das sozialpolitische Verständnis des früheren Oberbürgermeisters Dr. Winterer hat für die Freiburger Kollegen gute Früchte gezeitigt. Offenburger hat jahrelang nur ein Scheindasein geführt. Konstanz mußte zweimal ins Leben gerufen werden. In Pforzheim hatte die Organisation schwere Zeiten durchzumachen, insbesondere nach dem verunglückten Gasarbeiterstreik im Jahre 1905. Doch hat auch hier ein sturmerprobtes Häuflein zielbewußter Kollegen es verstanden, das Verbandschifflein durch alle Fährnisse durchzusteuern und dem sicheren Hafen zuzuführen.

Eines der schwierigsten Probleme war in einer der ältesten Verbandsfilialen, in Mannheim, zu lösen, wo bis zum Jahre 1903 sechs verschiedene Filialen am Orte bestanden, die sich zum Teil bitter bekämpften. Durch den Beschluß des Berliner Verbandstages wurde glücklicherweise diesem Unfug der vielen Filialen ein gleiches Ende gesteuert und von da an war auch ein steter Aufstieg zu konstatieren, insbesondere nachdem Kollege Hedmann am 1. Januar 1906 das Gaubureau Mannheim übernommen und die Zügel der Organisation scharf angezogen hatte.

Alles in allem genommen können wir mit der Entwicklung der Organisation auch im Süden des Reiches zufrieden sein. Die schlimmsten Zeiten für den Verband sind wohl überwunden. Möge daher der seitherige Aufstieg des Verbandes insbesondere den jüngeren Verbandskollegen ein Ansporn zu eifriger Weiterarbeit sein, damit das ersehnte Endziel mit Hilfe des Verbandes auch einmal erreicht werden kann.

Carl Altwater.



Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der hamburgischen Staatsarbeiter. Sämtliche Kandidaten der sozialdemokratischen Partei stimmten vollinhaltlich zu. Weitere Verbandstätigkeit hatte im Jahre 1908 die Einführung von Arbeiterauschüssen in den Staatsbetrieben zur Folge, die eine Reihe von Jahren als Hilfsmittel der Organisation für die hamburgischen Staatsarbeiter und die Staatsbetriebe wesentliche Bedeutung erlangten. Nach zehnjährigem Bestehen zählte die Hamburgische Filiale 5500 Mitglieder, und ihr Wirkungsbereich erstreckte sich nunmehr über Hamburg-Stadt- und Landgemeinden, Altona, Wandsbek und Harburg a. d. E. Bereits im Oktober 1908 war Heinrich Bürger wieder nach Hamburg zurückgekehrt und hatte mit Schönberg zusammen eifrig an der Erklarung und Ausgestaltung der Filiale. Am 29. November 1910 starb Bürger, kaum 40 Jahre alt. Mit ihm verlor die Mitgliedschaft Hamburg den besten Hüter ihrer ersten Kindheitsjahre und einen Erzieher und Führer, dessen erfolgreiche, aber ausreißende Tätigkeit in den Kreisen der Verbandsmitglieder vollste Anerkennung gefunden hatte. Bis zum Ausbruch des Krieges entwickelte sich die Filiale in normaler Weise fort und zählte am Schlusse des 2. Quartals 1914 7075 Mitglieder. Beinahe zwei Drittel derselben, 4487, wurden nach und nach zum Kriegsdienst einberufen. Viele mit Eifer und Ausdauer für die Organisation tätig gewesene Verbandskollegen kehrten nicht zurück, sondern traten an die Stelle der hinausgezogenen vielfach deren Aufgaben, führten die Einklassierung fort und halfen in Gemeinschaft mit den in der Heimat gebliebenen Mitgliedern die Organisation zu erhalten, um unge störte Fortführung der Organisationsstätigkeit zu ermöglichen. Mit der Zugehörigkeit der Männer zur Organisation trat auch eine große Anzahl ihrer Frauen allmählich, wenn auch meistens unberufen, damit verwachsen. Der Krieg führte zum besten Handeln an Stelle des Mannes, aber in felsenfestem Sinne. Die Hamburgische Verbandsfiliale ist diesen treuen Helferinnen in der größten Not zu Dank verpflichtet. Die mit Abbruch des Krieges einsetzende abnormale Mitgliederzunahme, die Zahl betrug im Mai 1918 rund 25 000, brachte neue Gefahren für die Filiale. In der

Mehrheit mit den Aufgaben und dem inneren Leben der Gewerkschaft unvertraut, weil entweder noch zu jung oder bis zum Eintritt der Organisation ferngeblieben, drohte dieser Teil die verblichene Zahl der geschulten, mit ihrer Gewerkschaft innerlich verwachsenen Mitglieder zu erdrücken und die beinahe zwei Jahrzehnte geleistete mühevoll geleistete Gewerkschaftsarbeit zu zerstören. Nur die Lohnfrage war das A und O für eine große Zahl der Neuzugewonnenen, die Gewerkschaft für sie nur das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Alle übrigen bedeutungsvollen Aufgaben der Gewerkschaft, alle in jahrelanger Vorarbeit nunmehr zur Verwirklichung reif gewordenen Forderungen bedeuteten nichts. In dieser Zeit schwerer Not verlor die Filiale ihren Heinrich Schönberg. Am 20. Januar 1919, nach 16jähriger erfolgreicher, in Selbstlosigkeit geleisteter Führertätigkeit zertrümmerte der Tod den durch jahrelange Krankheit zerrütteten Körper. Mit ihm fiel der Lehrmeister und willensstarke Führer der Organisation. Doch die durch seine Lehre Gegangenen hatten seines Geistes Hauch verspürt und ihre Willensfrüchtigkeit an der seinen gefürcht. Wie die Mitgliederfrauen während des Krieges, sprangen auch sie in die Bresche. Dem entschlossenen und energischen Eingreifen dieser den Wert ihrer Gewerkschaft kennenden Mitglieder gelang es, wenn auch nur Schritt um Schritt, Aufklärung und besseres Verständnis zu verbreiten und die volle Auswirkung der Gewerkschaft zum Nutzen aller ihr Angehörigen zu ermöglichen. Die alten Forderungen konnten verwirklicht, die Erfolge der erlangten Freiheit verankert, die gefürcht zugesprochenen Rechte zur Einführung gebracht werden. So steht die Hamburgische Verbandsfiliale heute nach 21jährigem Bestehen stark und gesichert in der Front des Gesamtverbandes, hinter sich mühevoll geleistete Arbeit und beachtenswerte Erfolge, vor sich die gewaltigen, aus den neuzeitlichen Verhältnissen erwachsenen Aufgaben, in sich aber das Gefühl einheitlicher Zusammengehörigkeit und einheitlichen Willens.

Die Bewegung der benachbarten Gebiete Altona, Kiel (gegr. 1901), Lübeck (1907) läßt sich leider in diesen Rahmen nicht einfügen. Es sei aber an den großen Kieler Streik 1909 erinnert, der über zwei Monate dauerte.

... Kollegen vom Fach und vom gleichen Bau Arbeitbrüder sind und sollen, sondern daß alle Schaffenden, alle Arbeiter des Kopfes und der Hand, des Hirns und der schwieligen Faust zusammen gehören als gleichwertige Kinder der Arbeit. Von ihnen allen gilt die Mahnung in Freilichs Gedicht: „Requiescat“:

den wuchert Hammer
schwingt, —
im Felde mäht die Ähren,
im Markt der Erde dringt,
und Kinder zu ernähren,
Stroman den Raden zieht,
bei Holz und Berg und Flache
den Weckruf Jung wächst,
sein blondes Junge wachst: —
Wahrheit:

Der stellt sich hoch, der redlich schafft
Mit Sinn und Mut und vollster Kraft,
Ob Holzschuhmacher oder Weisenbinder.

... unser höchstes Ziel muß sein, alle Menschen zu Brüdern der Arbeit zu machen, die Erde zu einem einzigen großen Gewerkschaftshaus der Menschheit zu machen, in dem jeder einzelne seine Arbeitsleistung zu verzeichnen, seinen pflichtgemäßen Platz auszufüllen hat und im Nebenmenschen menschenbrüderlichen und vollberechtigten Genossen und Bruder der Arbeit und liebt, wie dies das Gedicht: „Der Traum“ von dem Franzosen und Tully-Brudhomme (verdeutschelt von Schutz) so schön geschildert hat:

Mir träumte, daß der Bauer sprach: „Debau das Land,
und ich sage selbst fürs Brot, ich tu's nicht weiter.“
Der Weber sprach: „Fortan ich selbst für Deine Kleider.“
Der Maurer sagte: „Nimm die Kelle in die Hand.“
Und von der Menschheit nun gerieben, mußt ich gehen
Mit ihres Kluges schwerer Bürd beladen,
Umsonst erlichte ich von Gott des Himmels Gnaben,
Und drohend sah sogar am Berg die Löwen stehen . . .
Ich öffnete das Aug', im Zweifel, wird's sich's hellen?
Doch auf den Leitern pfiffen muntere Gesellen.
Die Weckruf! Laufen und der Acker lag befeht,
Nun war mein Glück mir klar durch dieses Traumes Lehren:
Der Mensch kann nicht den Nebenmenschen hier entbehren —
Und seit dem Tage lieb' ich jeden auf der Welt.
In dem großen, feingegliederten Arbeitsorganismus der Menschheit
im Ameisenhaute jeder seine Bestimmung, an welchem Platze er
leben mag. Jeder hat sich auch als Mitglied dieser großen Arbeits-

gemeinschaft zu fühlen, und als Sinnbild für diese Zusammenarbeit, für diese organisierte Arbeit kann Schillers „Pflicht für jeden“ gelten:

Immer strebe zum Ganzen und laß dich selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schlich' an ein Ganzes Dich an!
Diese Pflicht der Einordnung und Eingliederung wird um so notwendiger in dem umfassenden Staatsgefüge und Wirtschaftsgefüge, in dem gewaltigen Riesenbau unserer Zeit. Da hat, wie beim Bau eines Hauses, jedes Glied seinen Wert und seine Wichtigkeit. Jeder hat den Platz auszufüllen, an den er gestellt ist und hat sich eingliedern zu lassen in den Menschheitsbau und sich auch erziehen zu lassen zu dem ihm gestellten Zweck: „Wißt Du, daß wir mit hinein in das Haus dich bauen, laß es Dir gefallen, Stein, daß wir dich behauen!“ Folglich hat aber auch jeder das Recht, als Glied dieser großen Gemeinschaft entsprechend eingeschätzt und beachtet zu werden:

Nicht nur, wer oben auf
Reht des Hauses Rinnen,
Oder der Säulen Knäuel,
Soll Lob und Preis gewinnen;
Gelobt soll jeder sein,
Wer da groß oder klein
Arbeitet im tiefsten Gemache
Oder auf dem höchsten Dache.

Denk wenn der nicht läme mit Sand
Und jener nicht mit Kasse,
So würde nicht diese Bausteine
Und läge nicht jener Bausteine
Aus dem kleinsten Stein
Sich Großes zusammen zulecht,
Und keine darf fehlen von allen
Soll nicht das Ganze fallen.

Die Erde muß werden ein großes Gewerkschaftshaus, von dem aus die hohe und wichtige Mission der Menschheitskultur und der fruchttragenden und Werte schaffenden Arbeit betrieben wird, jener edlen Himmelsgabe, von der der Dichter singt:

Der Arbeit, die da nützt und nährt
Und vorwärts trägt der Menschheit Fahnen
Und Kraft verleiht und Manneswert und Adel . . .

Wenn Johannes Schull, einer der Bloniere des Menschheitsgedankens, den Satz aufstellt: „Wir wollen neben den Haß gegen die Lohnarbeit die Liebe für die gestaltende Arbeit im Dienste der großen Idee des Menschenseins setzen“, so verdient dieser grundlegende und vorbildliche Gedanke als Ausbruch edelster Arbeitskultur vollste Beachtung. Wenn der Gedanke in Erscheinung getreten ist und Gemeingut geworden ist, dann werden in der Tat in dem Hause der Zukunft alle Menschen Kulturträger, Arbeiter im höchsten Sinne des Wortes sein, alle Arbeiter aber zugleich Brüder, die wie ihre Arbeit, so auch ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schätzen und lieben: „Die Zähne der gemeinsamen Mutter Erde auch wirkliche Brüder, Brüder der erlösenden und befreienden Arbeit, Genossen der „tätigen Menschengilde“, der edlen und großen „Gewerkschaft der Menschen“.



Sachsen und Mitteldeutschland.

Sachsen, das nachmalige „rote Königreich“, war vor der Revolution in ganz Deutschland bekannt als das Musterland in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Wenn heute ein neuer Gau errichtet wird, so findet der neue Gauleiter doch immerhin einige bereits bestehende Filialen vor, die nur noch des weiteren Ausbaues bedürfen. Ganz anders erging es den Gauleitern, die vor ein paar Jahrzehnten auf die städtischen Arbeiter losgelassen wurden. Außer der Filiale am Sitze des Gauleiters war sonst nichts vorhanden, der neugebaute Gauleiter mußte sich seinen Gau erst schaffen. Das war eine mühsame Aufgabe.

Die ersten Anfänge unserer Organisation in Sachsen finden wir in Dresden. Hier wurde im Juli 1896 nach einem ganz impulsiv ausgebrochenen Streik städtischer Tiefbauarbeiter der „Verein städtischer Arbeiter für Dresden und Umgegend“ gegründet. Ueber die Entwicklung dieser Filiale ist bereits eingehend in Nr. 28 der „Gewerkschaft“ berichtet worden.

In Leipzig, wo seit 1899 eine Filiale des Zentralverbandes bestand, wurde 1904 ein Gaubureau gegründet mit der Aufgabe, im westlichen Sachsen und den angrenzenden Thüringer Ländern die Agitation zu betreiben. In diesem Gebiet gehören Halle, Chemnitz und Gera zu den ältesten seit 1901 bestehenden Filialen. Erst nach der Errichtung des Zweigbureaus Leipzig konnten in Erfurt, Gotha, Plauen i. Vogtl. und Zwickau Filialen gegründet werden.

In Magdeburg war bereits am 29. August 1897 eine Filiale entstanden. Von hier aus breitete sich die Bewegung langsam auf die übrigen Städte der Provinz Sachsen aus. Sie wurde insbesondere gefördert durch die Errichtung des Gaubureaus Magdeburg im Jahre 1907.

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter in Sachsen wie in Mitteldeutschland war zu damaliger Zeit äußerst ungünstig. In fast allen Gemeinden mußte noch elf Stunden täglich gearbeitet werden. In den Gaswerken war noch die berühmte 24stündige Wechsellösung üblich und so niedrige Löhne wurden gezahlt, wie man sie heute kaum für möglich hält. In Dresden, der teuren Großstadt, wurden 1896 Stundenlöhne von 26 bis 29 Pf. gezahlt! In Görlitz, wo seit 1903 eine Filiale besteht, erhielten die Straßenreiniger ganze 22 Pf. noch im Jahre 1906. Da war es wirklich notwendig, daß sich die städtischen Arbeiter zusammenschlossen, um aus ihrem Elend herauszukommen.

Solch große Arbeiterzahlen, wie heute in den Gemeinden beschäftigt werden, fanden wir damals nicht. Die städtische Regie war eben noch nicht so ausgebreitet wie heute. Meist war die Gasanstalt der einzige Betrieb, wo organisationsfähige Arbeiter zu finden waren. Was sonst noch von den Gemeinden beschäftigt wurde, waren überwiegend Leute, die aus Gründen der Armenpflege arbeiteten. Durch brutale Maßregelungen glaubten die regierenden Herrenmenschen in den Stadtverwaltungen, die gewerkschaftliche Bewegung der Gemeindefunktionäre im Keime zu ersticken. Es ist ihnen nicht gelungen, und manch einer jener Herren, die früher von dem „hergelaufenen fremden bezahlten Heher“ nichts wissen wollten, haben sich heute mit demselben Heher an den Verhandlungstisch setzen müssen. So ändern sich die Zeiten. Wir können heute Erfolge verzeichnen, die sich die „Alten“ früher nicht träumen ließen, und wenn es jetzt manch jungem Hehlsborn nicht schnell genug vorwärts geht, so soll er seinen Blick einmal nach rückwärts richten und aus der Vergangenheit lernen. Heute gehört kein besonderer Mut dazu, organisiert zu sein. Was aber die Pioniere unseres Verbandes an Opfermut für ihre Gewerkschaft aufgebracht haben, das richtig zu würdigen, vermögen nur diejenigen, die selbst vom ersten Tage ab mit an vorderster Stelle tätig waren. Sie finden ihren Lohn in der heutigen stolzen Größe unseres Verbandes!

R. Pr.

Rheinland-Westfalen.

Erst verspätet setzte die Bewegung in Rheinland und Westfalen ein. Wohl war es möglich, im Jahre 1902 die Gasarbeiter in Aachen der Organisation zuzuführen. Nachdem durch einen Streik einige Vorteile erreicht waren, am 3. April 1902 die achtstündige Arbeitszeit für die Ofenhausarbeiter eingeführt wurde, verschwand das Interesse für die Organisation. Im Jahre 1903 entschloß die Filiale in Düsseldorf, 1904 war es dem Kollegen Mohs, der den erneuten Fuß zu fassen. Folgende Filialen wurden errichtet: Eberfeld, Barmen und Köln. 1905 folgte die Errichtung der Filiale Düsseldorf. Um das einmal Geschaffene zu erhalten, wurde am 1. Juli 1905 in Köln ein Gaubureau errichtet. Der Gauleiter wurde Kollege Heinrich Schäfer aus Mainz nach Düsseldorf verpflanzt. Der Gau zählte damals fünf Filialen (Kassel einbezogen) mit 376 Mitgliedern. Bei intensiver Arbeit ging es nur langsam vorwärts. Manche Filiale wurde zwei- und dreimal neu errichtet. Der immer größer werdende Einfluß der Organisation ließ sich daran erkennen, daß es gelang, die achtstündige Arbeitszeit für die Ofenarbeiter der Gasanstalten 1905 in Barmen, 1906 in Düsseldorf, Eberfeld, Essen, Köln und Aachen einzuführen. Am 1. Juli 1908 wurde der Gau geteilt. Kollege Schäfer behielt den Gau Köln, während für den Gau Düsseldorf Kollege Heinrich Schäfer bestellt wurde.

Mit der größeren Ausbreitung des Verbandes wuchsen auch Schwierigkeiten. Verfolgungen durch die Polizei, Strafmaßnahmen wegen unerlaubten Verteilens von Handzetteln, Maßregelungen der Mitglieder waren an der Tagesordnung. Die Vorgesetzten, meist Militäranwärter, glaubten den Kasernenhöfen und die Kasernengebäude der damaligen Zeit in die städtischen Betriebe verpflanzen zu müssen. Noch 1913 brachte es ein Wegebauaufseher in Düsseldorf fertig, „seine“ Leute mit gepuhten Schaufeln morgens antreten zu lassen. Der verstorbene Oberbürgermeister von München-Gladbach hatte den städtischen Arbeitern und Straßenbahnern überbaupt verboten, Mitglied einer Organisation zu sein. Auch die Gründung einer Organisation war verboten. Dafür wurde ein Verein gegründet, welchem die Stadt die gleichen Beiträge zahlte wie der städtischen Arbeiter. Also eine gelbe Sumpfpflanze entstand. Trotz all dieser Schwierigkeiten konnten wir beim Ausbruch des Krieges 249 Mitglieder in 15 Filialen mustern.

Die Revolution hatte das Eis gebrochen, alles strömte zur Organisation. In Düsseldorf glaubte die vorher zum großen Teil sehr differente Masse den Sozialismus mit dem Karabiner erzwungen werden können. Sie sagte dem Verbandsleiter und glaubte ihr Verbandsmitglied finden zu können. Viele von ihnen sind durch die Verhältnisse eines anderen belehrt worden und trefen zu der Organisation zurück. Vom besetzten Rheinland waren wir vollständig abgetrennt. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es, Einreiseerlaubnis zu bekommen. Unter der Zeit hatte Kollege Höllen-Köln tatkräftig im besetzten Gebiet gearbeitet. Er hat auch die Kollegen Küpper und Kalkschneide an der Pionierarbeit geleistet.

Im Jahre 1919 wurde der seit dem Jahre 1910 vereinte Gau erneut geteilt. Bergel und Buchelt besetzten das unbefestete Gebiet, während Heinrich das besetzte Gebiet bearbeiten erhielt. Im Juni 1920 erfolgte eine zweite Teilung des Gebietes. Die Filialen Neuentrichen, Münster und Paderborn wurden dem neu errichteten Gau Bielefeld zugeteilt. Das verbleibende Gebiet bilden die jetzigen Gaue Köln-Bonn, Düsseldorf und Essen. Diese drei Gaue zählten am Schlusse des Jahres 1920 65 Filialen mit 27 014 Mitgliedern. Es gibt aber noch eine große Menge Arbeiter, vor allem auch Staatsarbeiter, die unsere Aufgabe sein muß.





Du Arbeitsvolf, befreie dich!

Ein Ruf, geboren aus der schwersten Not,
 ein Schrei der Arbeit, die in harten Banden
 gefesselt lag,
 zerriß den Wahn der Schwäche und der Furcht:
 Du Arbeitsvolf, herbei!
 Es fällt dein Recht vom Himmel nicht hernieder,
 erkämpfen mußt du deiner Freiheit Welt.
 Die Einheit deines Willens ist die Macht,
 die dir, du Arbeitsvolf, zum Kampf gegeben.
 Befreie dich!
 Viel Tausend, aber Tausend folgten diesem Ruf
 und brachten ihren Einzelwillen hauf' zu hauf'.
 Und alle, dem Gemeinwohl ihres Volkes dienend,
 in Staat, Gemeinde und im Krankensaal,
 sie alle trugen Stein um Stein
 in festem, unverzagtem Wollen
 in fünfundzwanzig Jahren nimmermüden Schaffens
 zum Bau der Macht, die ihre Waffe ist.
 Und abermals hallt laut der Ruf:
 Nun kämpfe, Arbeitsvolf, und siegel
 Dein Wille sei dein scharfes Schwert,
 der Schrei der Not dein siegend Kampfesruf!
 Die Einheit deines Willens sei die Tat,
 die deine Ketten sprengt!
 Du Arbeitsvolf, befreie dich!

W. Sulan.



Die
 terium
 erhöhun
 Bohnläg
 chen St
 Befamit
 er zu e
 hamburg
 ch aber
 rbeiter.
 Rad
 as wöc
 Staatsa
 Augu
 m neu
 ebst 7
 Birsch
 24 Ja
 über
 angeh
 währe
 ü be
 Wirft
 21 Ja
 heirat
 Fami
 Unter
 halter
 liche
 Da
 älmiff
 rbeiter
 en W
 S
 hängig
 ch ge
 erhöh
 mkom
 hüten
 feuer
 ebr f

Malte
 1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66
 67
 68
 69
 70
 71
 72
 73
 74
 75
 76
 77
 78
 79
 80
 81
 82
 83
 84
 85
 86
 87
 88
 89
 90
 91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100

Nachtrag zur Lohnbewegung der hamburgischen Staatsarbeiter.

Die durch die Spitzenorganisation mit dem Reichsfinanzministerium aus Anlaß der steigenden Teuerung vereinbarte Lohn-erhöhung für die Reichsarbeiter konnte auf die örtlich vereinbarten Lohnsätze nicht ohne Wirkung bleiben. Zwar hatten die hamburgischen Staatsarbeiter eine Anpassung ihrer Gesamtlohnbezüge an die Gesamtlohnbezüge der Reichsarbeiter abgelehnt, auf die volle Höhe der zu erwartenden Ausgleichszulage jedoch Anspruch erhoben. Der hamburgische Senat erkannte den Anspruch ohne weiteres an, hielt sich aber peinlich an die Sätze der Vereinbarung für die Reichsarbeiter.

Nach gegenseitiger Verständigung erfolgte ein Senatsbeschuß, der das wöchentliche Wirtschafts-(Hausstands-)geld für die hamburgischen Staatsarbeiter unter Aufhebung der durch den Schiedspruch vom 1. August d. J. getroffenen Regelung mit Wirkung vom 1. August neu regelte. Zu dem in der Lohnordnung festgelegten Grundlohn beträgt 70 Proz. Teuerungszulage wird nunmehr ein einheitliches Wirtschaftsgeld nach folgenden Sätzen gezahlt:

Männliche Arbeiter: Ledige über 18, aber unter 24 Jahren alt 52,40 Mk., Verheiratete (ohne Altersgrenze) und Ledige über 24 Jahre alt 73 Mk., Nichtverheiratete, welche Familienangehörigen ganz oder überwiegend Wohnung und Unterhalt gewähren oder einen eigenen Haushalt führen, erhalten, sofern sie über 18 Jahre alt sind, ebenfalls 73 Mk. (das wöchentliche Wirtschaftsgeld für männliche Verheiratete).

Weibliche Arbeiter: Ledige über 18, aber unter 21 Jahren alt 40,40 Mk., Ledige über 21 Jahre alt 43 Mk., Verheiratete über 18 Jahre alt 61 Mk. Nichtverheiratete, welche Familienangehörigen ganz oder überwiegend Wohnung und Unterhalt gewähren oder einen eigenen Haushalt führen, erhalten, sofern sie über 18 Jahre alt sind, 61 Mk. (das wöchentliche Wirtschaftsgeld für weibliche Verheiratete).

Das gleiche, ihrem Geschlecht, Lebensalter oder Familienverhältnissen entsprechende Wirtschaftsgeld erhalten auch die Hilfsarbeiter, Kriegsbeschädigten und Rinderarbeiter, die Arbeiter in den Waldbetrieben und die forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Stundenweise, also weniger als 8 Stunden täglich Beschäftigte erhalten das Wirtschaftsgeld im Verhältnis zu den wöchentlich gekisteten Arbeitsstunden. Die durch den Schiedspruch erzielte Erhöhung des Wirtschaftsgeldes wird auf das neueregelte Lohnkommen angerechnet. Somit betragen ab 1. August 1921 die gekisteten Stundenverdienste, bestehend aus Grundlohn, Teuerungszulage und Wirtschaftsgeld, ohne Kinderzulagen nunmehr für:

Kategorie	A. Männliche Arbeiter			B. Weibliche Arbeiter			Berbeit. über 18 Jahre	
	Zeitraum	Ledige 18-24 Jahre alt	Ledige über 24 Jahre u. Verheir.	Zeitraum	Ledige 18-21 Jahre	Ledige über 21 Jahre		
I. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	5,74	6,17	—	—	—	4,88	
	Staatsarbeiter	5,91	6,14	—	4,45	4,51	4,95	
II. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	6,--	6,43	1.	4,62	4,68	5,02	
	Staatsarbeiter	2.	6,10	6,53	2.	4,59	4,65	5,02
III. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	—	5,99	6,42	—	—	—	
	Staatsarbeiter	1.	6,19	6,62	—	—	—	
IV. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	1.	6,29	6,72	1.	4,74	4,79	5,17
	Staatsarbeiter	2.	6,38	6,81	2.	4,81	4,86	5,24
V. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	—	6,25	6,68	—	—	—	
	Staatsarbeiter	1.	6,47	6,90	—	4,88	4,93	5,31
VI. Kriegsbeschädigte	Hilfsarbeiter	2.	6,57	7,--	1.	4,95	5,--	5,38
	Staatsarbeiter	1.	6,66	7,09	2.	5,02	5,07	5,45

Die Sätze der Kriegsbeschädigten gelten nur für diejenigen, welche nicht als Vollarbeiter verwendet werden können.

Ferner gab der Senat nachstehende Zusagen:

- a) Falls die für die Reichsarbeiter ab 1. August eingetretene Regelung nachträglich günstiger gestaltet wird, soll das gleiche vom gleichen Tage ab auch bei den Bezügen der Staatsarbeiter Berücksichtigung finden. — b) Die bereits gegebene Zusage, falls das Reich für Angestellte und Beamte als Ausgleich für vor dem 16. August 1921 liegende Zeit eine einmalige Zahlung währt, die gleiche Zahlung auch der Staatsarbeiterschaft zuteil werden soll, bleibt bestehen. — c) Grundlohn, Teuerungszulage und neue Wirtschaftsgeld sollen in nächster Zeit in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingende Gründe entziehen kann.
Georg v. Bizycki.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der 15. Verbandstag der Metallarbeiter vom 12. bis 18. September in Jena vertrat mit seinen 780 Delegierten eine Mitgliederzahl von 1 600 000. Das Vermögen des Verbandes betrug am 31. Dezember 1920 12 437 664,13 Mk. Die Kommissionen des Verbandstages wurden im Verhältnis zur Stärke der Fraktionen zusammengesetzt. Es erhielten von 9 Sigen SPD. 5, USPD. 3, KPD. 1. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete der Verbandsvorsitzende Ditzmann. Er setzte sich insbesondere für gewerkschaftliche Durchbildung der Jugendlichen ein, wies die Angriffe auf den Kampfesmut der Gewerkschaften mit der Tatsache zurück, daß der Metallarbeiterverband allein im Jahre 1920 4131 Lohnbewegungen in 75 543 Betrieben mit 4 676 590 Beteiligten geführt habe, die dem Verband 29 000 000 Mk. Streikunterstützung kosteten. Er behandelte dann das Arbeitslosenproblem und die kommunistischen Treiberereien im Verbands, um schließlich mit dem Marxschen Mahnwort „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ zu schließen. Ein Antrag der Kommunisten, aus der Hauptversammlung pro Mitglied für die Russenhilfe zu bewilligen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Debatte über den Geschäftsbericht war außerordentlich sachlich. Beschlossen wurde, Anträge zu stellen auf Aufhebung des Belagerungszustandes, der Sondergerichte und der Ortschaft. Folgende von der SPD. und USPD. gemeinsam verfaßte Resolution wurde gegen die Stimmen der KPD. Fraktion angenommen:

Die Entwicklung seit dem letzten Verbandstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen; die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volksmasse. Die kapitalistischen Friedensverträge und enge Beschleunigung der Weltwirtschaft bewirkte den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrise der besiegten Mächte und wuchs sich zur Weltwirtschaftskrise aus. — Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftselend für seinen Vorteil auszunutzen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verschleuderung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Riesenergebnisse wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die zwangsläufige Ausschaltung der Auslandskonkurrenz eine ungehemmte Preisbildung entfalten konnte. — Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der beschlagnahmten Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Uebel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu bekämpfen. — Die Lösung der Weltkrise ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgefügte Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geist der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in innigem Einklang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale handeln. — Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuarbeiten. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre verheerenden Folgen bewußt und nachdrücklich zu führen, erklärt der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weisung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Ausrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates heißt der Verbandstag gut. — Weiter erklärt der Verbandstag für unerlässlich:

- 1. Den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter; 2. die Ausnützung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter; 3. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet; 4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmlicher Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges; 5. ein wohlausgebautes System von Betriebs- und Wirtschaftsräten, das der Entfaltung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt; 6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu befähigen; 7. Befreiung der Klassenjustiz, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnis wirtschaftlicher Unternehmungen festlegt.

Der vom Verbandsvorstand vorgenommene Ausschluß der Mitglieder, die sich an der kommunistischen Reichskonferenz der Metallarbeiter beteiligten, wurde bestätigt. In den Verbandsvorstand wurden gewählt: Ditzmann, Reichel, Eggert, Brandes Vorsitzende; Werner und Schäfer Kassierer; Handke, Schlieffedt, Busse, Loft und Schott Sekretäre; Kummer (SPD.) und Haase (USPD.) Redakteure.

Reichs- und Staatsarbeiter

Die Bezirkskonferenz der Reichs- und Staatsarbeiter des Gaues Königsberg und des Bezirks Danzig am 28. August hörte ein Referat des Kollegen Stetter (Berlin) über „Organisations- und Tariffragen der Staatsarbeiter“. Ueber die Ruhefrage referierte Kollege Nickel und brachte zum Ausdruck, daß diese Frage die Reichskonferenz besonders beschäftigen wird. Es muß verlangt werden, daß den Arbeitern dieselben Ruhebestimmungen gewährt werden wie den Beamten. Die Errichtung einer Pensionstasse ist zu verwerfen und würde eine Neuauflage der Invalidversicherung bedeuten. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß des öfteren Bezirkskonferenzen für die einzelnen Sektionen stattfinden mögen, und zwar in erster Linie eine solche für das Pflegepersonal. In seinem Schlußwort beantwortete Kollege Stetter alle an ihn gerichteten Fragen und versprach, die Wünsche der Kollegen weiterzuleiten.

Canditabenwärter

Calbe a. d. S. In der gut besuchten Betriebsversammlung am 17. September berichtete Kollege Meißter über die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Die Versammelten sprachen ihre Anerkennung über die Tätigkeit der Gauleitung und Lohnkommission aus. Kollege Meißter ermahnte zum Schluß, einig und treu an der Organisation festzuhalten, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

Aus unserer Bewegung

Gau Brandenburg. Am 16. September 1921 fanden im Landeshause in Berlin die Verhandlungen über die eingereichte Lohnforderung für alle Kollegen, welche unter den Bezirkstarif für die Gemeindefreiarbeiter im Regierungsbereich Potsdam fallen, statt. Die Verhandlungen, welche von der Gauleitung gemeinsam mit der Bezirkstarifkommission geführt wurden, hatten folgendes Ergebnis: Alle männlichen Arbeiter über 21 Jahre erhalten rückwirkend ab 1. August eine Teuerungszulage von 1 Mk. pro Stunde, Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 0,80 Mk. und Jugendliche unter 18 Jahren von 0,50 Mk. Teuerungszulage pro Stunde. Wenn mit dieser Teuerungszulage die Forderungen der Kollegen auch nicht erfüllt sind, so hat die Tarifkommission trotzdem dieser Lohnregelung ihre Zustimmung gegeben, weil die Teuerungszulage, obwohl unser Vertrag erst zum 1. Oktober gekündigt war, schon ab 1. August bewilligt wurde.

Gau Magdeburg. Die allgemeine Verbindlichkeit des Bezirksarbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter der Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist nun auch für die Regierungsbezirke Merseburg und Halle ausgesprochen. Ebenfalls ist der Tarifvertrag für das Personal der Krankenhäuser für das Vertragsgebiet, Provinz Sachsen und Anhalt, für allgemein verbindlich erklärt worden. Es müssen fortan auch solche Städte resp. Gemeinden den Vertrag anerkennen, wo bisher Einzelverträge oder keine bindenden Abmachungen bestanden. An den Orten, wo Schwierigkeiten gemacht werden, wende man sich an den zuständigen Gauleiter.

Bad Elster. In der Mitgliederversammlung am 10. September über den Manteltarif und die Lohnforderungen zur Reichskonferenz der Staatsarbeiter wurde Kollege Lohdt als Delegierter gewählt. Auf der Landeskongress ist unsere Filiale durch die Kollegen Wunderlich und Lohdt vertreten.

Bonn. Die Bemühungen der Organisation, für die Zeit bis zum Anschluß an den Arbeitgeberverband die Befahrungszulage für die Kollegenschaft zu erhalten, waren erfolgreich. Nachdem in Arefeld ein Vorstoß gemacht und auch die Mitgliedsgemeinden des AOB ihre Ansichten über die rechtliche Lage geäußert hatten, beschlossen die Stadtverordneten, die Befahrungszulage an die städtischen Arbeiter für die Zeit vom 1. Januar bis 15. Juli zur Auszahlung zu bringen. Die nachfolgende Zeit wird durch die Vereinbarungen mit dem AOB abgelöst. Wenn allerdings der Antrag Dr. Meerfeld über die Erhöhung der Befahrungszulage zur Annahme gelangt, werden auf Grund des Satzes „in diesen Löhnen ist die Befahrungszulage einbezogen“, auch die Erhöhungssätze an Gemeindefreiarbeiter zu zahlen sein.

Dillingen a. d. Saar. Hier hat sich in der Versammlung am 3. August 1921 eine Filiale unseres Verbandes gebildet, der fast sämtliche Gemeindefreiarbeiter sofort beigetreten sind. Nach erfolgter Vorstandswahl ergriff der neugewählte Vorsitzende, Kollege Hügel, das Wort und ermahnte die Kollegen zur Einigkeit, hoffend, daß es nunmehr gelingen werde, alsbald zeitgemäße Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Auch die weiteren Diskussionsreden versprachen, im Sinne des Referenten zu wirken. Unsere Organisation beginnt stetig im Saargebiet an Boden zu gewinnen, ein Zeichen, daß unsere Politik bisher eine solche war, daß sie sich zum Vorteil der dortigen Kollegen

an die Verhältnisse im Saargebiet anpaßt. Trotzdem bleibt uns immer noch im Saargebiet ein großes Rekrutierungsgebiet offen. Das für uns nutzbar zu machen, muß die erste Aufgabe aller unserer Verbandsfunktionäre im Saargebiet sein.

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 13. September 1921 nahm ein Referat des Genossen Dachselt über die Schlichtungsordnung entgegen. Er führte u. a. aus: Im Jahre 1916 ging man erstmalig dazu über, obligatorische Schlichtungsstellen einzuführen. Bereits im Jahre 1919 wurden 264 Schlichtungsausschüsse gezählt, die sich mit 84 846 Streitsachen zu beschäftigen hatten. Für eine gefühlige Regelung des Schlichtungswesens ohne eine Verschlechterung der jetzigen Regelungen sind die Gewerkschaften jederzeit zu haben, aber der jetzige Entwurf enthält trotz Befreiung einiger Gichtzähne vom ersten Entwurf geradezu herausfordernde Paragraphen, die niemals die Zustimmung der Arbeiterchaft finden werden. Durch den Entwurf zieht sich das Juristenelement, während die Arbeitnehmerchaft berechtigtes Interesse daran hat, daß in den neuen Einigungsämtern das Laienelement genügende Vertretung findet. Bisher waren die Entscheidungen auf Erfahrungen im Wirtschaftsleben eingestellt. Nun die Bestellung der Beisitzer und der Vorsitzenden ist den Trägern des Schlichtungswesens, den wirtschaftlichen Organisationen, genommen. Der § 1 (Gesamtstreitigkeiten) bedarf einer Erweiterung, denn über diesen Begriff gehen die Meinungen stark auseinander. Die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche und ihre Revisionsmöglichkeit fordert ebenfalls zur Kritik heraus. Besonders interessiert uns der § 55, der nach dem ersten Entwurf der Arbeitnehmerchaft in der gemeinsamen Betrieben eine Sonderstellung und Schlichtungsleistung ihrer Grundrechte brachte. Gesagt wird, der Regierungsentwurf sei wesentlich verbessert worden. Soll die Verbesserung darin liegen, daß zwischen Verkündung des Schiedsspruches und dem Beginn eines Streites für gemeinnützige Betriebe eine Sperrfrist von einer Woche vorgesehen war und jetzt diese Sperrfrist auf drei Tage verkürzt für alle Betriebe eingeführt worden ist, dann ist dafür ein hoher Preis gezahlt worden. Dazu kommt, daß die Frist von drei Tagen vom Tage der Zustellung des Schiedsspruches geredet wird, auf die Zustellung sind aber die Parteien absolut einflusslos. Die Schlichtungsordnung greift aber auch in die Sagen der Gewerkschaften ein, indem der Gewerbeaufsichtsbeamte die verlangte Zweidrittelmehrheit zu prüfen berechtigt ist und die Gewerkschaften von der bevorstehenden Streitabstimmung Kenntnis zu geben haben. Für die Arbeiterchaft zeigt es sich aber, wie sehr jetzt bei der Neugestaltung des Arbeitsrechts die Augen offen gehalten werden müssen, damit die wenigen Rechte nicht durch neue Befehle genommen werden. Für unsere Vertreter an maßgebender Stelle besteht die Aufgabe, sich mit allen Mitteln einer derartigen Anhebung der Arbeiterchaft Wehr zu setzen. — Zum Schluß der Versammlung forderte Kollege Fichtner als Vertreter der Invaliden und Unfallbeschädigten die Versammelten auf, für die Arbeitsinvaliden tatkräftig einzutreten, um deren bedrängte Lage mit verbessern zu helfen.

Mannheim. In der Mitgliederversammlung am 9. September gab Kollege Hund Bericht über die neuen Lohnverhandlungen in Karlsruhe. Als die letzte Bewegung abgeschlossen war, wurde von unserer Seite erklärt, daß diese Regelung keinen Abschluß bedeute, wir vielmehr bei einkehrender Teuerung wieder sofort an den Arbeitgeberverband herantreten würden. Mittlerweile trafen diese Voraussetzungen ein und die Lohnkommission sah sich gezwungen, den Arbeitgeberverband zu Verhandlungen über neue Lohnforderungen aufzufordern. Diese Verhandlungen fanden mit dem Vorstände des Arbeitgeberverbandes in Karlsruhe statt. Das Ergebnis war: Die Teuerungszulage soll durchweg um 15 Proz. erhöht werden. Die Lohnerhöhung einheitlich zu gestalten, sollen die Grundlöhne der Gruppen 2, 3 und 4 um 40 Pf. erhöht werden. Die Kinderzulage soll von 50 auf 70 Mk. steigen. Außerdem sollten mit hartnäckigem Verhandeln durch, daß die Regelung rückwirkend ab 1. August sei. Die Mitgliederversammlung habe nun heute darüber zu bestimmen, ob sie diesem Abschluß ihre Zustimmung erteile. Die Abstimmung ergab Annahme gegen 4 Stimmen.

Nordhausen. In der gutbesuchten Versammlung am 8. September hielt Gauleiter Uhe, Halle, einen Vortrag. Hierauf gab den Kartellbericht Kollege Götthe. Hervorzuheben ist der Beschluß des Kartells, pro Vierteljahr 5 Mark Kampfrücklage pro Mitglied zu erheben. Unter „Verschiedenes“ wendet sich ein Kollege gegen die Unterstüßungen der Gewerkschaften und fordert scharfe Kampfgewerkschaften und keine Unterstüßungsvereine. Hierauf legt Kollege Uhe der Versammlung dar, warum die Unterstüßungen notwendig sind. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen angenommen.

Thale l. S. In der Mitgliederversammlung am 5. September berichtete Kollege Börner über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Die Kollegen erklärten in der Diskussion, daß die bewilligte Zulage nicht im Einklang stehe mit der Teuerung, die eingetreten ist. Die Zulage wird als Abschlagszahlung betrachtet, die die Lohnkommission und Gauleitung beauftragt, neue Verhandlungen anzubahnen. Auch sollen Filialeleitung und Betriebsräte Schritte unternehmen, daß Thale wegen der außerordentlich hohen Lebensmittelpreise in die 1a Klasse eingereiht wird.

Internationale Rundschau

Die Internationalen Berufssekretariate. Die Mitgliederzahl der internationalen Berufssekretariate, die den Standpunkt des Internationalen Gewerkschaftsbundes vertreten, war im Jahre 1920 die folgende: Metallarbeiter 4 600 000, Transportarbeiter 2 713 403, Garbeiter 2 614 215, Fabrikarbeiter 2 409 300, Landarbeiter 97 033, Textilarbeiter 1 604 000, Privatangestellte 843 000, Bauarbeiter 804 194, Holzarbeiter 800 000, Schneider 590 000, Post-, Telegraphen- und Telefonangestellte 522 250, Öffentliche Bedienstete 473 142, Lederarbeiter 343 507, Lebens- und Genussmittelarbeiter 300, Buchbinder 261 203, Kaffeehaus- und Hotelangestellte 245 950, Maschinenarbeiter 162 050, Buchdrucker 160 000, Tabakarbeiter 152 300, Eisenarbeiter 147 500, Zimmerer 92 462, Maler 83 333, Hutmacher 859, Lithographen 40 698, Diamantarbeiter 24 500, Friseurgehilfen 500, Kürschner 14 588, Töpfer 12 136, insgesamt 22 182 913 Mitglieder. Bei den Lederarbeitern handelt es sich um die Gesamtzahl bis vor kurzem bestehenden Berufssekretariate der Schuh- und Lederarbeiter, Gerber- und Schuharbeiter und Sattler, die auf ihrem Kongress in Wien am 9. August dieses Jahres beschlossen haben, eine gemeinsame Internationale zu gründen. Die Zahl der Töpfer bezieht sich nur auf einige Länder, nämlich Deutschland, Dänemark und Schweden. Ueber die Mitgliederzahl in anderen Ländern können keine Angaben gemacht werden.

Rundschau

Klassenkampf. So viele überkommt ein Grausen beim Worte Klassenkampf. Das Wort ist ihnen der Inbegriff der Schmach und Erniedrigung. Und das, weil sie dem Begriffe einen wehensfremden Inhalt geben, weil sie in den Begriff das hineinlegen, was sie von ihren Gegnern denken. So ist dieses Grausen im Worte Klassenkampf der Beweis für die ganze Niedrigkeit, mit der der Gegner das Proletariat einschätzt. Natürlich ist der Klassenkampf ein Kampf der Klasse. Doch ist das gemein, was eine Klasse kämpft? Dann wären alle großen Gemeinheiten und alle großen geistigen Bewegungen niedrig und verwerflich. Es kommt darauf an, wofür die Klasse eintritt. Und das ist es, was die Gegner das letzte Ziel des proletarischen Kampfes nicht verstehen, daß sie nur die Gegenwart sehen und den Tagestampf, der aus dem ganzen gewaltigen Ringen den hellen Strahl des Morgensterns herauszuföhren, der sich aus diesem Ringen mit unermüdlicher Hindurchdringt. Der Kampf des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Der Kampf der Klasse will nicht nur ein Recht, sondern nehmen ja an den gewerkschaftlichen Früchten so viele Arbeiter teil, die nicht die Tatkräft aufbrachten, selber mitzugewinnen. Der Kampf der Klasse gilt allen. Das ist gerade der Idealismus des Klassenkampfes, daß allen durch ihn das Glück werden soll, selbst den Gegnern. Alle sollen den neuen Tag erleben, an dem der Bruder für den Bruder schafft, die Schwester die Schwester und an dem Liebe das einende Band der Welt ist. Und darum ist der Klassenkampf die größte Tat der Weltgeschichte. Er ist der größere Erziehungsfaktor des Menschentums. Aus dem Kampfe, dem Klassenkampfe heraus soll die Liebe werden.

Was muß der Gemeinbedienstete von dem neuen Lohnsteuer wissen? In Ergänzung unseres Artikels in Nr. 37 der „Gewerkschaft“ sendet uns Kollege Weßel-Dortmund nachstehende Mitteilung: Das am 11. Juli beschlossene Lohnsteuergesetz bedeutet in der Hauptsache eine vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes, als der Lohn nicht übersteigt. Danach findet also für die Gemeinbediensteten, deren Einkommen ja durchweg unter 24 000 Mk. bleibt, eine Vereinfachung statt. Nur im Ausnahmefalle kann nach § 49 Steuerpflichtige die Veranlagung zur Einkommensteuer begehren, wenn im besonderen die Abzüge an Werbungskosten usw. die Einkünfte übersteigen. Jeder Arbeiter tut gut, sich von der Richtigkeit der gemachten Abzüge zu überzeugen. Der größte Teil der Gemeinbediensteten wird im Stundenlohn beschäftigt und monatlich ausbezahlt. Werden nun bei der Berechnung des Steuerabzuges die einzelnen monatlichen Sätze in Abzug gebracht, so ist der Steuerabzug geschädigt, und zwar dadurch, daß dem steuerpflichtigen Einkommen der Stundenverdienst des Monats zugrunde gelegt wird, während bei der monatlichen Sätze aber nur 25 Tage zugrunde liegen. In der Erscheinung. Hier ein Beispiel von der Aufrechnung, wie sie in vielen Gemeinbediensteten fertigestellt werden: Monatlicher Stundenlohn 216 Stunden à 6,20 Mk. = 1339,20 Mk., 27mal 2 Mk. Rindergeld = 54 Mk., 27mal 6 Mk. Rindergeld (4 Kinder = 24 Mk.), zusammen 1555,20 Mk. Davon 10 Proz. Steuern 155,52 Mk.

Mart. Ermäßigung 2mal 10 Mk., 4mal 15 Mk. = 80 Mk., nach Artikel III 35 Mk. = 115 Mk. Sind an Steuern abzuführen 40,50 Mk. Da in der obigen Aufrechnung dem steuerbaren Einkommen der Stundenlohn zugrunde gelegt ist, so müssen die Ermäßigungen auch nach Stunden oder Tagen berechnet werden. Beispiel, wie die Aufrechnung aussehen muß: 216 Stunden à 6,20 Mk. = 1339,20 Mk., 27mal 2 Mk. Hausstandsgeld = 54 Mk., 27mal 6 Mk. Rindergeld = 162 Mk. (Hausstands- und Rindergeld wird pro Arbeitstag gezahlt.) Also Lohn: 1555,20 Mk. Davon 10 Proz. Steuern 155,52 Mk. Ermäßigung täglich 2mal 0,40 Mk., 4mal 0,60 Mk. = 3,20 Mk., nach Artikel III 1,40 Mk., zusammen 4,60 Mk. mal 27 = 124,20 Mk., mithin an Steuern abzuführen 31,30 Mk. Der Unterschied der zu zahlenden Steuern beträgt nach obigem Beispiel 9,20 Mk. Der Unterschied in den Monaten mit 26 Arbeitstagen ist geringer. Die Gegenüberstellung zeigt aber, daß es im eigenen Interesse des Arbeiters liegt, wenn er sich über den Steuerabzug genügend orientiert.

Berliner Volkshochschulkurse für Schichtarbeiter. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche durch ihre Berufstätigkeit Schichtweise in Anspruch genommen sind, konnten bisher die Lehrgänge der Volkshochschule Groß-Berlin nicht regelmäßig besuchen. Auf vielfach geäußerten Wunsch wird nunmehr mit vorläufig zwei eigenen Kursen für Schichtarbeiter — einem soziologischen und einem philosophischen — ein Versuch gemacht. Die Kurse sind so angeordnet: Zwei aufeinanderfolgende Wochentage sind für jeden Kursus in Aussicht genommen. Der Kursus findet in der 1., 3., 5. und 7. Woche an dem einen, in der 2., 4., 6. und 8. Woche an dem anderen dieser beiden Wochentage statt. Die beiden Kurse sind: 1. Dr. Th. Geiger: „Familie, Ehe und Frau in Vergangenheit und Gegenwart“. Abwechselnd: Mittwoch und Donnerstag, abends 7 Uhr, im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6; Beginn 19. Oktober. 2. Dr. R. J. Grau: „Einführung in die Philosophie“. Abwechselnd: Montag und Dienstag, abends 7 Uhr, in der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Neutölln, Emser Str. 137. Von dem Erfolg wird es abhängen, ob und inwieweit diese Neuerrichtung weiterhin ausgebaut werden wird.

Eingegangene Schriften und Bücher

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Steuerfragen. Eine gemeinverständliche Darstellung zeitgemäßer Erfordernisse des deutschen Wirtschaftslebens und der Reichsfinanzen. Von Casar Schöber. 1921. Selbstverlag: Berlin NW. 7, Am Weidenbamm 1a. Preis 4 Mk.

Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande. Vortragslaut der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse und Bescheide sowie der letzten Beschlüsse des Reichstages. Von Rudolf Wed, Königberg in Pr. 1921. Verlag: „Freiheit“, Berlin E. 2. Preis 8 Mk.

„Es klingt im Sturm ein altes Lied!“ Aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie. Erzählt von Julius Bruns. 1921. Verlag: J. G. B. Dieck, Stuttgart/„Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis gebunden 14 Mk.

Adam Stegerwalds Lebensdenkmal. Von Ernst Heilmann, M. d. R. Verlag: „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 3 Mk.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Durch eine besondere Vereinbarung der Hauptverwaltung unseres Verbandes mit der Verlagsbuchhandlung Vorwärts bietet sich unseren Mitgliedern die Gelegenheit, das Werk August Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ anstatt für 25 Mk. zum Vorzugspreise von 15 Mk. inklusive Porto und Verpackung zu erhalten. Wir empfehlen allen unseren Mitgliedern, besonders aber den weiblichen, dieses Werk des großen Vorkämpfers für die Gleichberechtigung der Frau. Die Bestellungen auf die Bücher sind in den einzelnen Filialen zu sammeln und dann bei der Hauptkasse, Berlin SO. 16, Musterhaufener Str. 15, aufzugeben und zu verrechnen. Der Verbandsvorstand.

Filiale Breslau

sucht zum sofortigen Antritt einen ersten Bevollmächtigten.

Bewerber müssen mit allen Verwaltungsarbeiten sowie im Tarifwesen vertraut sein, Kenntnisse in der sozialen Gesetzgebung und rednerische Befähigung besitzen. 5-jährige Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften erforderlich. Bewerbungen bis zum 10. Oktober an die Ortsverwaltung Breslau, Margaretenstr. 17 III, erbeten.

In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter J. R. Antner, Verantwortlicher Redakteur E. Dittmer, beide Berlin SO., Musterhaufener Str. 15. Druck: Vorwärts-Verlagsbuchhandlung und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Mitgliederentwicklung und Leistungen unseres Verbandes.

(Von 1896 bis Oktober 1921.)



Es erscheint wohl am Tage des fünfundsiebenzigjährigen Bestehens angebracht, aufzuzeigen, was wir im Rahmen der Gesamtarbeiterbewegung in der zurückgelegten Zeitspanne geleistet und erreicht haben. Klein war das Fähnlein derer, die sich am Schluß des Jahres 1896 um das Banner der Organisation scharte.

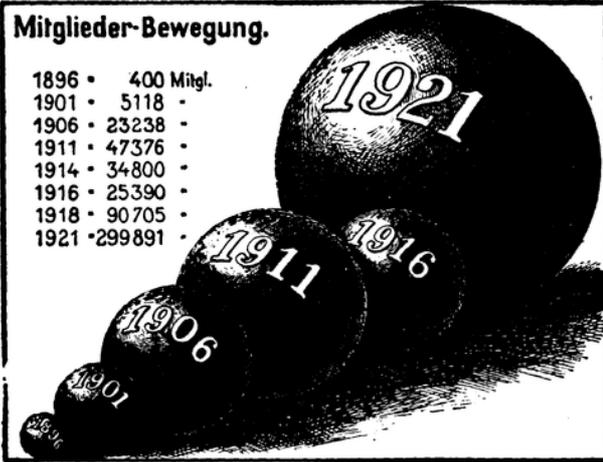
Wohlgezählte 400 Mitglieder waren vorhanden. Der Samen, der in diesem Jahr gestreut, hat im Laufe der Zeit vieltausendfältige Frucht getragen. Von 924 Mitgliedern des Jahres 1897 geht es über 1001 Mitgliedern im Jahre 1898 bis zu 3479 Mitgliedern am Jahreschluß 1899. Die Entwicklung steht in den folgenden Jahren nicht still. In ruhigem Gleichmaß wächst die Zahl der Kampfer. Vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1903 verdreifacht sich die Mitgliederzahl. Am Schluß des Jahres 1903 sind die ersten Zehntausend überschritten. In der Organisation sind 10 393 Kollegen vereinigt. Weiter schritt die Zeit, wir nützten sie. Zwei Jahre später, 1905, haben wir unseren Besitz verdoppelt, 30 818 Mitglieder sind vorhanden. Raslos wird am Ausbau der Organisation weitergearbeitet. 39 262 Mitglieder mußten wir nach Ablauf des Jahres 1910. 47 376 Mitglieder. Neue Streiter strömen in den Jahren 1912 bis 1914 zu. Bei Kriegsausbruch ist ein Stand von 54 522 Mitgliedern erreicht und der Weiterentwicklung wird durch die ausbrechende Kriegsurie ein jähes Ende bereitet. Wo der Krieg forderte seine Opfer auch von uns. Was in jahrelanger Arbeit, unter großen persönlichen Opfern an Zeit, Gesundheit und Geld in mühsamem Aufbau erreicht war, drohte zusammenzustürzen. Auf über die Hälfte des Bestandes, auf 25 390 Mitglieder, ging es bis zum Jahre 1916 zurück. Einwirkungen des Krieges belebten neu den Organisationsgedanken. 32 984 Mitglieder haben sich wieder bei Ablauf des Jahres 1917 in der Organisation zusammengefunden. Doch was bedeutet die Entwicklung in diesen zwei Jahrzehnten, gegen die mit Schluß des Jahres 1918 einsehende. Frei wurde die Bahn. Alle Schranken fielen. Die Saat war im dräuenden Werden der Zeit zur Reife gelangt. 1918 werden 90 705 Mitglieder gezählt, zu denen sich bis Ende 1920 weitere 200 000 Mitglieder hinzugesellen, so daß nunmehr die Organisation auf das stattliche Heer von 299 891 Mitstreitern angewachsen ist. Einen interessanten Vergleich der Mitgliederbewegung von fünf zu fünf Jahren, ermöglicht die obensiehende Darstellung. Ein Erfolg war erreicht, den die Gründer wohl in ihren kühnsten Hoffnungen nicht erwartet hatten. Zu achtunggebietender Stärke sind wir in dem verflochtenen Viertel Dezennium, nicht nur innerhalb des Rahmens der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der „Internationalen“ gelangt.

In denselben Ausmaßen vollzog sich auch die Ausbreitung des Filialbestandes. Den 4 Filialen des Jahres 1896 stehen 220 im Jahre 1914 gegenüber, jetzt sind es 880 Filialen. Mit berechtigter Freude können wir auf diese Entwicklung zurückblicken und mit Ver-

trauen der Zukunft entgegensehen. . . Ein wohlthuendes Gefühl der Befriedigung durchzieht uns, wenn wir nun auf die Leistung an die Mitglieder zurückshauen. In dreijähriger Entwicklung, von 1896—1899, wurden die für heutige Zeiten unglaublich beschwerlichen Summen von 142,20 Mk. für Streits, 202,65 Mk. für Rechtsunterstützungen und 7052,75 Mk. für sonstige Unterstü-

Mitglieder-Bewegung.

1896	•	400	Mitgl.
1901	•	5118	
1906	•	23238	
1911	•	47376	
1914	•	34800	
1916	•	25390	
1918	•	90705	
1921	•	299891	



Der Erfolg, den die Organisation im Kampf um die Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses errungen hat, läßt sich zahlenmäßig nicht im entferntesten ausdrücken. Nur der, der das

345 000 1896 - 1915	78 800 1916 - 19	62 000 20 - 21	115 000 1896 - 1921	230 000 1916 - 1915
Sterbe-Unterstützung 1 250 000 Mk.				
Sonstige Unterstüztungen 1 750 000 Mk.				
Streik-Unterstützung 3 000 000 Mk.				
Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung 7 500 000 Mk.				

haft patriarchalische Arbeitsverhältnis der Gemeindegewerkschaften der Organisation bekannt hat, wird den Rechtszustand zu würdigen die Soziale Fürsorge für die Gemeindegewerkschaften ein unerforderliches Gebot oder sie wurde mit bestimmter Nebenabsicht gewährt. Rechtsstimmungsrecht galt als gegeben. Allein im Jahre 1920 wurde die Lohnbewegungen ohne Arbeits einstellen eine Verbesserung des wöchentlichen Einkommens den einzelnen Beteiligten 106,20 Mk. erzielt. Das Gesamteinkommen wurde demnach den einzelnen um 5522,22 erhöht. Für die am 1. Oktober beteiligten 311 881 Personen beträgt die Summe 33 120 624,30 Mk. pro Arbeiter 172 272 463,60 Mk. pro

Ein Ansporn zu reger Mitarbeit an dem weiteren Ausbau des Verbandes muß allen Kolleginnen und Kollegen diese Entwicklung und Leistungen und Erfolg waren nur möglich und sind auch in Zukunft nur denkbar, wenn die annähernd dreihunderttausend Mitglieder an der Geschlossenheit der Organisation und der Organisationsfesthalten.

Mögen diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die innerhalb des Zeitabschnittes von 25 Jahren nur eine kurze Strecke des Weges mit uns gegangen, aus den vorstehend aufgeführten Erfolgen und Leistungen Mut und Ausdauer schöpfen, um weitere 25 Jahre mit uns zu gehen und zu arbeiten am weiteren Ausbau der Organisation.

Das Erbe der Vierhundert des Jahres 1896 muß gegen äußeren und inneren Stürme machtvoll verteidigt werden. Sei bereit, hierbei zu helfen, dann wird das nächste Jubiläum die bisherigen Leistungen und Erfolge weit zurücklassen.

rund 14 500 000 Mark.